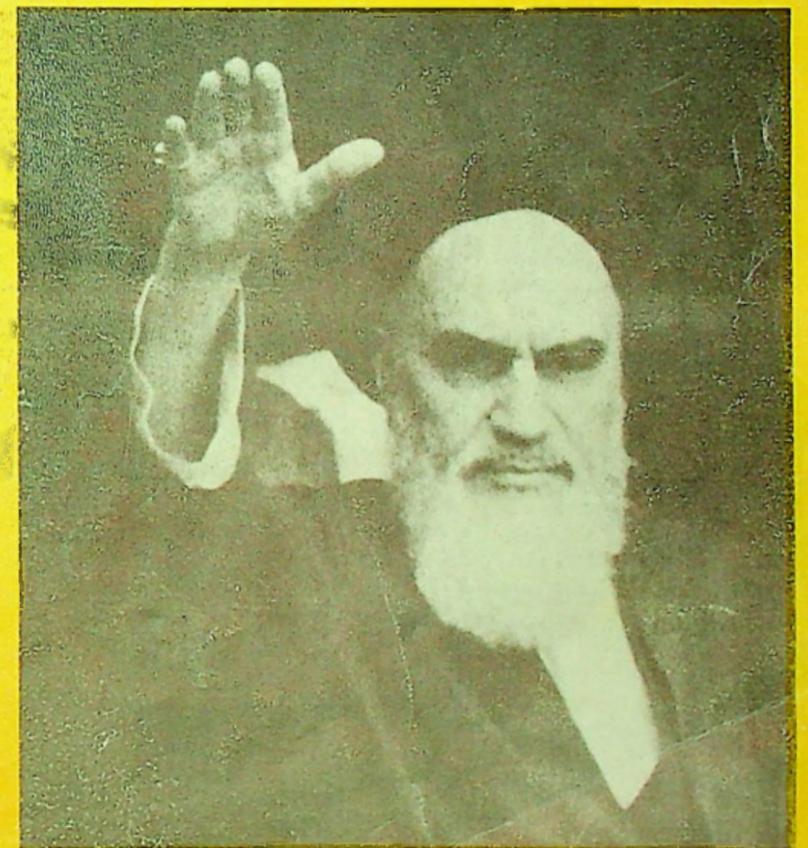
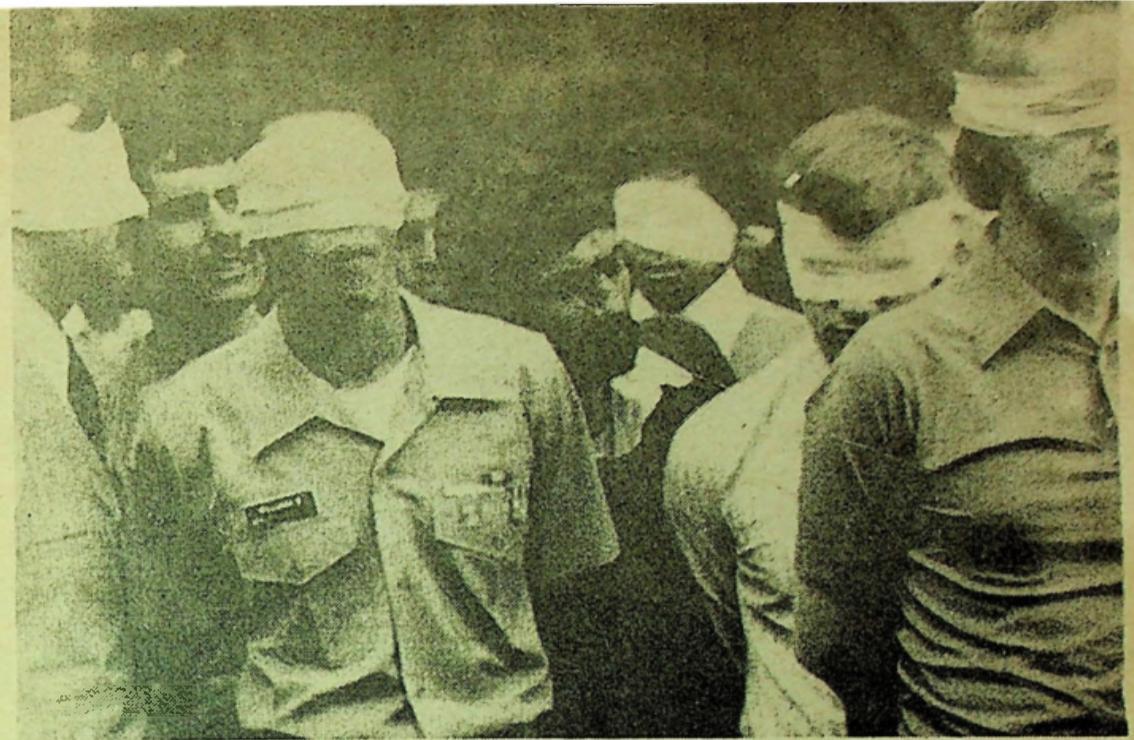


Wer steuert Khomeinis Wahnsinn?





Die Geiseln in der amerikanischen Botschaft in Teheran.

Wer steuert Khomeinis Wahnsinn?

Die Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran durch die verrückten Anhänger des Ayatollah Khomeini hatte zahlreiche Mitwisser und Hintermänner in den Reihen der US-Regierung; sie erfolgte unter persönlicher Anleitung von Zbigniew Brzezinski, dem Nationalen Sicherheitsberater, Außenminister Cyrus Vance, dessen Unterstaatssekretär Warren Christopher sowie dem Nationalen Sicherheitskoordinator George Ball als auch einer Reihe von Privatpersonen, die mit der Regierung Carter zusammenarbeiteten. Dazu zählen der ehemalige Justizminister Ramsey Clark, der Bankier David Rockefeller und Professor Henry Kissinger.

Dem normalen Bürger wird es nicht so ohne weiteres in den Kopf hinein wollen, daß die Regierung Carter ein derart verabscheuungswürdiges, an Verrat grenzendes Verhalten an den Tag legt. Doch die Sensation der amerikanischen Geiselnahme in Teheran diente nur als Vorwand, um innen- wie weltpolitisch eine Phase des angloamerikanischen „Krisenmanagements“ in der Wirtschafts- und Energiepolitik einzuleiten.

Davon, daß der einzelne Bürger sich die Mühe macht, diese Zusammenhänge zu begreifen, hängt die Weiterexistenz der Vereinigten Staaten und der Nationen Kontinentaleuropas als verfassungsmäßig konstituierte, demokratische Republiken ab.

Das in dieser Broschüre enthaltene Material ist folgendermaßen gegliedert:

1. Die Schritte, die Carters Regierungsmannschaft zusammen mit den Vertrauten des Ayatollah Khomeini unternahm und die schließlich zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft führten.
2. Die Maßnahmen, die Carters Regierung zusammen mit der Khomeini-Clique zur Sprengung der Weltkreditmärkte ergriff, mit dem Ziel, den Kollaps des Dollars und die Wiederauf- erstehung des britischen Pfundes als internationaler Reservewährung herbeizuführen.
3. Die Serie gezielter Eingriffe, in die Weltenergiemärkte mit dem Ziel, eine Neuverteilung des Welterdöls zum Nachteil der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens und Japans herbeizuführen.
4. Die Rolle, die die Moslem-Bruderschaft als internationaler Arm der angloamerikanischen Geheimdienste bei der Schaffung des Khomeini-Frankensteins spielte.

Der Bürger muß sich also zwei Fragen stellen: Für welchen Zweck, aus welchen politischen Gründen leitete die Regierung Carter diese Schritte ein? Welche In-

teressengruppen, welche Personen sind die Urheber der Politik, die die Regierung Carter in dieser an Verrat grenzenden Manier umsetzt?

Die Politik

Die Politik führender Vertreter der Regierung Carter geht auf eine Initiative des New Yorker Council on Foreign Relations (CFR) in den Jahren 1974-75 zurück. Sie wurde unter dem Namen „Entwurf für die 80er Jahre“ (Project 1980s) bekannt.

Das Verlagshaus McGraw-Hill, das auch die *Business Week* verlegt, veröffentlichte diese politischen Zielvorstellungen in einer Bücherserie mit dem gleichen Titel. Projektleiter in den Jahren 1974-75 waren Cyrus Vance, Zbigniew Brzezinski und Michael Blumenthal. Kaum hatten sie ihre Entwürfe im CFR fertiggestellt, schlossen sie sich 1976 der Regierung Carter an, um diese nun auch in die Praxis umzusetzen. In aller Öffentlichkeit bekannten sich die Verschwörer zu folgenden Zielen:

1. die Entwicklung des Europäischen Währungssystems zu verhindern, weil daraus ein Bündnis zwischen westlichem Kontinentaleuropa und Dritter Welt, basierend auf einem Programm des Technologieexports und industrieller Investitionsprojekte in den ehemaligen Kolonien, zu entstehen droht;
2. die Entwicklung der weltweiten Kernenergieproduktion zu stoppen;
3. die Weltbevölkerung um 1 Mrd. Menschen zu verringern;
4. weltweite Energierationierung einzuführen, mit deren Durchführung UNO-nahe Institutionen betraut werden sollen, die aber tatsächlich von den Oligarchen kontrolliert würden, betraut werden sollen;

5. die Industrieländer wirtschaftlich von den Entwicklungsländern abzukoppeln; in anderen Worten: jeglichen Technologietransfer in die Dritte Welt ein für allemal zu unterbinden.

All das kann man klar und deutlich in den Veröffentlichungen des „Project 1980“ nachlesen, in deren Impressum man alle bekannten Namen der Regierung Carter wiederfindet.

Die wichtigste internationale Kraft, die dieser Perspektive im Wege steht, ist das Europäische Währungssystem. Das EWS ist eine gemeinsame Schöpfung Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland; später traten ihm alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft mit Ausnahme Großbritanniens bei. Seit seiner offiziellen Gründung am 5. Dezember 1978 hat es die Aufgabe, den US-Dollar weiter zu stärken, die weltweite Nutzung der Kernenergie zu fördern und einen Wirtschaftsaufschwung im entwickelten Sektor durch ehrgeizige Technologieexportprogramme in die Dritte Welt herbeizuführen. Als geistiger Vater des EWS wird gemeinhin Lyndon H. LaRouche, Jr. angesehen.

Die Ereignisse im Iran löste die Regierung Carter — und ihr Verbündeter, die britische Regierung — gleich nach der offiziellen Errichtung des EWS aus. Dabei war und ist es der Zweck der iranischen „Revolution“, die westeuropäische Industrie mit der Drohung, den Ölhaun total zuzudrehen, politisch zu erpressen.

Genau einen Monat nach Unterzeichnung des EWS-Vertrags stürzte der Schah; im gesamten Mittleren Osten setzte eine Destabilisierungswelle ein, die sich immer weiter zuspitzt. Die Drahtzieher hinter jeder einzelnen Entwicklung waren die britischen Geheimdienste und verschiedene US-Regierungsbehörden, wobei letztere selbst nur Schachfiguren in diesem britischen Spiel sind.

KOMMANDOEBCNEN

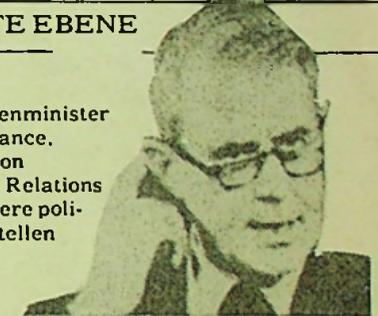
ERSTE EBENE

Europäische Oligarchie mit der britischen Krone im Mittelpunkt



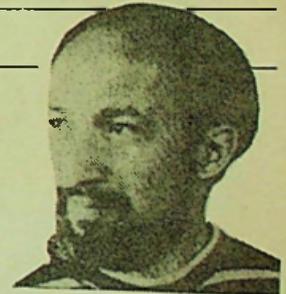
ZWEITE EBENE

US-Außenminister
Cyrus Vance,
Council on
Foreign Relations
und andere poli-
tische Stellen



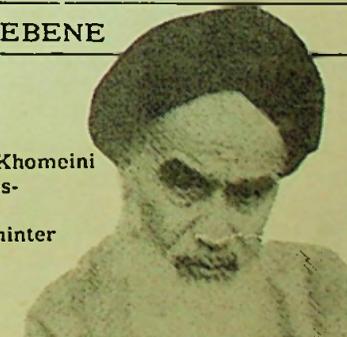
DRITTE EBENE

Richard Falk,
Universität Princeton
und andere
„Denkfabriken“



VIERTE EBENE

Ayatollah Khomeini
und die Mos-
lem-Bru-
derschaft hinter
ihm



Wer sind die Vollstrecker dieser Politik?

Für die Öffentlichkeit am ehesten verständlich ist eine Darstellung der betreffenden Personen und Interessengruppen als eine Befehlsstruktur, die in 4 Kommandoebenen unterteilt ist.

Der Bürger ist gewöhnlich nur mit der zweiten Ebene vertraut. Dazu zählen einzelne Mitglieder der Regierung Carter und deren unmittelbaren Umgebung. Von vorrangiger Bedeutung in dieser Gruppe sind Außenminister Cyrus Vance, Verteidigungsminister Harold Brown, Staatssekretär Warren Christopher, der Nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, sein Sonderbeauftragter George Ball, der Leiter der Nationalen Notstandsbehörde (FEMA) John W. Macy, Jr. und der frühere Justizminister Ramsey Clark, zur Zeit als „Vermittler“

im Iran-Konflikt im Einsatz, sowie General Robert Huyser.

Jeder dieser Verräter in der Regierung Carter hat sich einen Ruf entweder als Verteidiger, Apologet oder Bewunderer Ayatollah Khomeinis und des „Islamischen Fundamentalismus“ erworben.

Am 15. November erklärte beispielsweise der Pressesprecher des Weißen Hauses, Jody Powell — 62 Amerikaner saßen bereits als Geiseln in Teheran fest —, daß Zbigniew Brzezinski den islamischen „Fundamentalismus als ein Bollwerk gegen den Kommunismus“ betrachte.

Diese Gruppe von Regierungsbeamten stellt eine eng verschworene Freundes- und politische Gesinnungsclique dar, die noch in die Zeit der Regierung Kennedy (1961-1964) zurückreicht.

Als Präsident Kennedys Sonderberater überwachte John W. Macy die Auswahl

aller Kabinettsmitglieder und der damit in Zusammenhang stehenden Ernennungen. Er sorgte persönlich dafür, daß Vance, Ball, Christopher und ihre Freunde in Kennedys Regierung aufgenommen wurden.

1974-75 leiteten Vance, Brzezinski, Harold Brown und Christopher gemeinsam das CFR-„Project 1980s“.

Brzezinski ernannte George Ball zum Sonderprojektleiter der vom Nationalen Sicherheitsrat im Januar 1979 eingeleiteten Destabilisierung des Iran; beide befürworteten den Rücktritt des Schahs und Khomeinis Machtergreifung. George Ball schickte seinen Geschäftspartner Ramsey Clark (mit dem er über die Anwaltsfirma Sidley and Austin in Chicago zu tun hat) nach Teheran, um Massendemonstrationen für den Ayatollah Khomeini anzuführen.

Ball, Harold Brown und Brzezinski ließen General Huyser nach Iran reisen, um dort den Militärputsch vom Januar 1979 zu arrangieren, durch den Premierminister Shahpur Bakhtiar gestürzt und Khomeini an die Macht gebracht wurde. General Huyser ist die Ausführung der Anordnungen Balls und Brzezinskis zur Last zu legen sowie die Verteilung von über 100.000 automatischen Gewehren an den Mob in Teheran innerhalb einer einzigen Nacht.

Unterhalb dieser „zweiten Befehls-ebene“ in der Regierung Carter setzt die dritte Ebene an — die der nachrichtendienstlichen Experten und Verbindungsleute zur Moslem-Bruderschaft, für die Ayatollah Khomeini in Iran praktisch nur ein öffentliches Aushängeschild ist.

An erster Stelle zu nennen sind hier Professor Bernard Lewis, Professor Richard Falk und Lord Carradon von der Universität Princeton, Professor Marvin Zonis (Universität Chicago), Dr. Sharif Bassiouni (De Paul-Universität) Thomas Ricks (Universität Georgetown), Richard Cottam (Universität Pittsburgh), der Botschafter der Arabischen

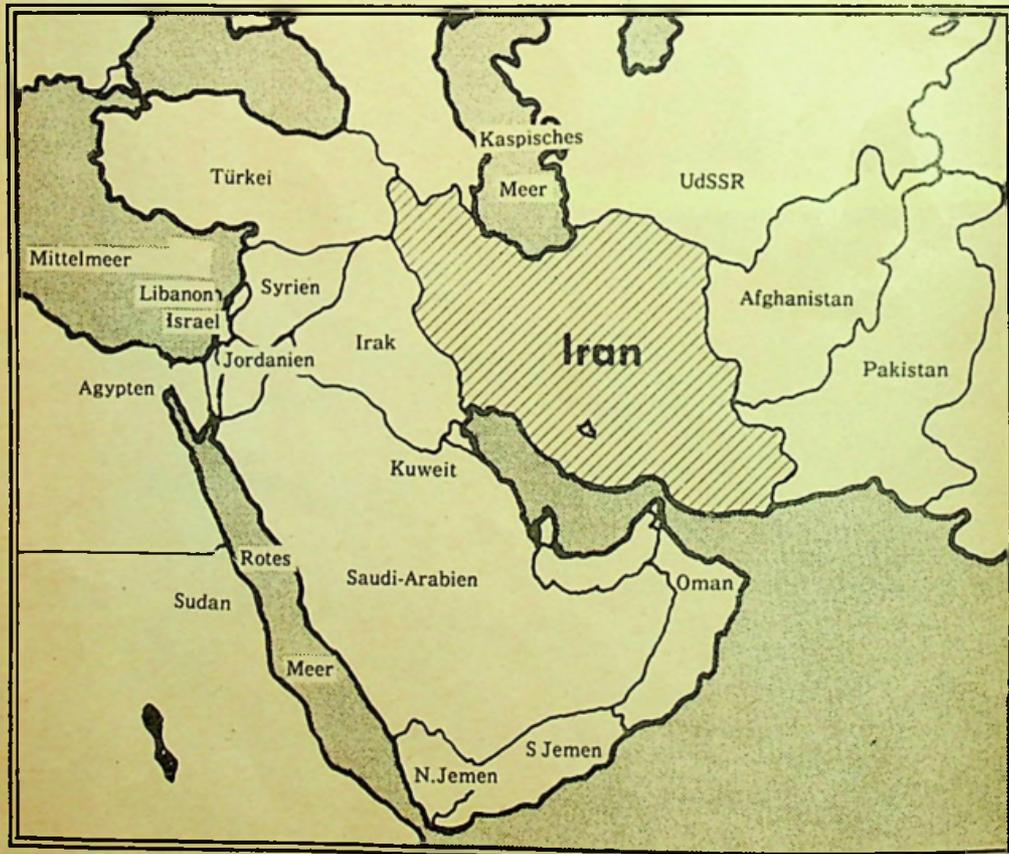
Liga bei den Vereinten Nationen. Clovis Maksoud (ebenfalls Georgetown), Joseph Malone, ein Agent des britischen Geheimdienstes in den USA, Jack Hayes von Mobil Oil und James Bill (Universität Texas in Austin).

Seit über einem Jahr sind die Männer dieser „dritten Ebene“ als fleißige Informationszusteller zwischen dem Nationalen Sicherheitsrat und der Moslem-Bruderschaft hin- und hergeeilt. Die drei aus Princeton — Lewis, Falk und Carradon — haben Hand in Hand mit George Ball und Yuval Neeman, dem Koordinator der israelischen Geheimdienste, bereits 1977 das Szenario für eine Revolution des „Islamischen Fundamentalismus“ am Schreibtisch erarbeitet. Der Nationale Sicherheitsrat der USA nahm sich seiner dann unter dem Titel „Bernard-Lewis-Plan“ an. Bernard Lewis und Lord Carradon sind britische Staatsbürger; Anweisungen erhalten sie von General Sir John Bagot Glubb Pasha, im 2. Weltkrieg Kommandeur der Arabischen Legion und heute Chefaufseher der Moslem-Bruderschaft.

Richard Cottam und Thomas Ricks sind alte Bekannte und Mitarbeiter des ehemaligen iranischen Außenministers Yazdi, der die Geiselnahme veranlaßte, und von Abolhassan Bani-Sadr, inzwischen auch ehemaliger iranischer Außenminister, der den Vereinigten Staaten mit Wirtschaftskrieg drohte und früher auch in Georgetown studiert hatte.

Joseph Malone, der den Ayatollah Khomeini in dessen Pariser Exil zusammen mit Ramsey Clark aufgesucht hatte, ist der nachrichtendienstliche Verbindungsmann zwischen der Moslem-Bruderschaft und Mobil Oil.

Auf der vierten Ebene, von der aus die Anweisungen des Nationalen Sicherheitsrats direkt auf die Straßen von Teheran gelangen, finden wir die berühmte Organisation der Moslem-Bruderschaft (s.S.34).



Was ist aber jetzt mit der ersten Befehlsebene, den Personen und Interessen hinter der Regierung Carter, die diese Wahnsinnspolitik diktieren? Der ungeübte Beobachter mag sich zu der voreiligen Schlußfolgerung verleiten lassen, hinter Carters Wahnsinnspolitik stehe nur noch der Council on Foreign Relations mit seinem „Project 1980s“. Da spielt aber noch mehr hinein. Man sollte zunächst eine Liste mit den verschiedenen Institutionen aufstellen, die Khomeini zur Macht verhelfen. Dort hinein gehören der CFR, das Aspen Institute, die Universität Princeton, die jesuitische Universität Georgetown, British Petroleum, Royal Dutch Shell, Mobil Oil, David Rockefeller und Henry Kissinger aus der Trilateralen Kommission, die Ecole Practique des Hautes Etudes an der Sorbonne u.a.

Sämtliche dieser Organisationen gehören zu einem gut abgeschirmten, kleinen Kreis internationaler, oligarchischer Finanzinteressen, die wiederum mit der britischen Krone, dem alten europäischen Hochadel in Europa um die Familie Habsburg, den belgischen und niederländischen Königsfamilien, dem Großherzogtum Luxemburg und der jesuitischen Fraktion in der Römisch-Katholischen Kirche zusammenhängen. Der gemeinsame programmatische Nenner all dieser Gruppen ist als die „Große Stabilität oder Punkt Omega“ bekannt. Am umfassendsten ist dieses Programm in einigen Veröffentlichungen der Vereinten Nationen dargelegt; sehr aufschlußreich ist vor allem das Buch „Ziele der Menschheit“ von Ervin Laszlo, dem Präsidenten der UNITAR in New York.

Vertreter dieser oligarchischen Gruppierung üben einen beherrschenden Einfluß auf den New Yorker Council on Foreign Relations und daher auch über sein „Project 1980s“ aus. Sie haben das Sagen auch an der Universität Princeton, die der Morgan Guaranty Trust lenkt; am

Aspen Institute, das Harlan Cleveland und Atlantic Richfield finanzieren; an der Universität Georgetown, die fest in der Hand des Jesuitenordens ist, usw. Durch dieses Netzwerk von Instituten und Organisationen — abgeschieden von dem Auge der Öffentlichkeit — vermag diese oligarchische Finanzclique die politischen, diplomatischen und nachrichtendienstlichen Aktivitäten der US-Regierung zu diktieren und zu steuern.

Vor diesem Hintergrund erinnert Präsident Carter, der angebliche Chef der amerikanischen Exekutive, an einen bedauernswerten Verkehrspolizisten an einer Ampel, deren Lichtzeichen diese Gruppe von Drahtziehern festsetzt.

Das Ziel

Diese Gruppierung fühlt sich unmittelbar von dem Europäischen Währungssystem bedroht. Um das EWS an einem dominanten Einfluß über die Weltfinanzen zu hindern, setzen sie die rohe Muskelkraft des „dummen Riesen“ Amerika ein. Ihr Ziel ist, Situationen zu schaffen, die der finanziellen und energiepolitischen Erpressung des westlichen Kontinentaleuropa dienlich sind und die Position Giscard d'Estaings und Helmut Schmidts zu schwächen vermögen. Daher wird der gesamte Mittelosten, angefangen mit dem Iran, einer systematischen Destabilisierung unterzogen, um der europäischen Industrie den totalen Verlust ihrer Ölquellen androhen zu können; vom EWS will man alle Petrodollareinlagen fernhalten, die es benötigte, um wieder Stabilität in den US-Dollar und die Weltkreditmärkte zu bringen. So schrieb die *Business Week* letzte Woche:

„Vielleicht wird demnächst ein arabisches Banksystem, das seine Petrodollars durch das Europäische Währungssystem zirkulieren läßt, die heutige Vormachtstellung der US-Banken und des IWF im Weltfinanzsystem übernehmen. Das hängt natürlich von der

Bereitschaft der OPEC ab, ihre Macht auszuspielen. Falls sie das nicht tun, gibt es noch ein anderes Szenario, das viele heute noch für undenkbar halten: offener Kriegszustand, wobei entweder der industrialisierte Westen als Gruppe oder die USA im Alleingang jeden Versuch der Zusammenarbeit mit OPEC aufgibt und stattdessen die Ölfelder besetzt.“

Innerhalb dieses strategischen Rahmens haben Vance, Brzezinski et al. die Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran inszeniert. Sie brauchten die Krise als Vorwand für ein „Krisenmanagement“ und um die Sondervollmachten zu erhalten, mit denen sie schamlos weitere verräterische Handlungen begehen können — z.B. den US-Dollar zu stürzen, eine an Selbstmord grenzende Energiesparpolitik durchzusetzen und die USA in dieselbe Art von wirtschaftlichem Mittelalter zu führen, die Khomeini im Iran betreibt.

Haben Sie sich jemals überlegt, daß Khomeinis Wirtschaftspolitik absolut identisch ist mit der der Regierung Carter? Das ist kein Zufall:

Im März dieses Jahres gab es eine supergeheime Zusammenkunft im Arden House in Mount Kisco, New York. Daran nahmen die Präsidenten von British Petroleum, Shell, Mobil, Exxon, Atlantic Richfield, sowie David Rockefeller,

Henry Kissinger, James Schlesinger, Zbigniew Brzezinski, Warren Christopher und viele andere teil. Es waren dieselben Leute, die Khomeini wenige Wochen zuvor zur Macht verholfen hatten. Sie diskutierten dort die amerikanische Politik für den Rest des Jahres.

Auf dieser Zusammenkunft kam es zum Konsens: das Land müsse durch die Mangel genommen werden. All das fand seinen Niederschlag in einem supergeheimen Memorandum, das heute noch in gewissen auserlesenen Vorstandszimmern die Runde macht. Es hat den Titel „Chevron Memorandum“ und präsentiert ein Szenario der „kontrollierten Desintegration“ für die amerikanische Wirtschaft, einen „Zerfall der Institutionen bis zum Oktober 1979“ und ein inszeniertes „außenpolitisches Debakel“, das die Regierung Carter abservieren und die Demokratische Partei aus dem Rennen um die Präsidentschaftswahl 1980 schlagen soll.

Es wurde September, und die „Jungs im Hinterzimmer“ machten sich an die Umsetzung ihrer Pläne. Die inszenierte Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran war eine zwischen Vance, Ibrahim Yazdi, Brzezinski, Ayatollah Khomeini und dem von der Moslem-Bruderschaft kontrollierten Flügel der PLO abgekartete Sache.

Der Alptraum von Teheran — ein Produkt der Carter-Administration



Die Gefangenennahme von 62 amerikanischen Geiseln in Teheran und der spätere Sturm auf die US-Botschaft in Pakistan sind nicht das Ergebnis einer Welle des „Anti-Amerikanismus“. Diese Ereignisse sind das Ergebnis von Handlungen — sogenannter — Amerikaner, die innerhalb der US-Regierung an höchster Stelle sitzen. Nachforschungen über den Ablauf der Ereignisse, die zu der Irankrise führten, zeigen:

1. daß Zbigniew Brzezinski vom Nationalen Sicherheitsrat der USA und Außenminister Cyrus Vance mit dem Khomeini-Regime zusammengearbeitet haben, um die Destabilisierung der ölproduzierenden Länder am Persischen Golf zu bewerkstelligen;
 2. daß der Startschuß für die Krise im Mittleren Osten nach der Konferenz des Internationalen Währungsfonds am 29. Sept. gegeben wurde, wo die Angloamerikaner durch die Bundesrepublik und Frankreich eine bedeutende Niederlage einstecken mußten.
 3. Es wurde entschieden, die Moslem-Bruderschaft zum Instrument für die Destabilisierung des Golfs zu machen, eine halbgeheime Organisation, die von Sir John Glubb Pasha, dem heutigen Lawrence von Arabien des britischen Geheimdienstes, ins Leben gerufen wurde.
- Wir geben nachfolgend einen Überblick über die Ereignisse bis zur Geiselnahme vom 4. Nov. und danach, die genügend gerichtlich verwertbares Beweismaterial darstellen, um zu zeigen, daß die gegenwärtige Krise, die die gesamte Welt als Geisel hält, von Washington in Szene gesetzt wurde.

28. Sept. - 1. Okt.: Die Moslem-Bruderschaft kommt im Iran an die Macht.

Mustafa Chamran, ein in Kalifornien ausgebildetes Mitglied der Bruderschaft, wird Verteidigungsminister. Er kündigt eine „Säuberung“ der Streitkräfte an, um „die Armee mit den Werten der Isla-

mischen Revolution und der monotheistischen Militärdisziplin in Einklang zu bringen“ und „sie den revolutionären Erfordernissen anzupassen“, d.h. die Armee wird zur Ausbreitung der „Islamischen Revolution“ vorbereitet.

Gleichzeitig wird der sozialdemokratisch orientierte Chef der Nationalen Iranischen Olgesellschaft, Hassan Nazih, seines Postens enthoben und gezwungen, außer Landes zu fliehen. Die Olpolitik wird dem iranischen Revolutionsrat

ÜBERFÜHRT!



Ramsey Clark

„Es ist von entscheidender Wichtigkeit zu demonstrieren, daß Despoten sich nicht davonstehlen und in Wohlstand leben können, während die von ihnen geplünderten Nationen weiterhin leiden. (Ich fordere) die neue Regierung des Iran auf, für die verbrecherischen und ungerechten Taten des Schahs nach Entschädigung zu verlangen.“...

Ramsey Clark an den ehemaligen iranischen Außenminister Ibrahim Yazdi, 12. Oktober.

überantwortet. ein Ereignis, daß die Londoner *Financial Times* als „Wendepunkt“ im Iran bezeichnet. Ayatollah Shiraazi, der von jetzt an die Ölpolitik kontrolliert, ruft den Iran auf, so wenig Öl wie möglich zu „den höchsten (auf dem Spotmarkt) erhältlichen Preisen“ zu produzieren. Die Entlassung Nazihs führt zu Unruhen und Sabotageaktionen in den Ölförderregionen im Süden des Iran.

3. Okt.: Yazdi spricht vor dem Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen) und trifft Vance.

Der iranische Außenminister Ibrahim Yazdi, ein Führer der Moslem-Bruderschaft, hält vor dem New Yorker Council on Foreign Relations eine Rede. Anschließend trifft sich Yazdi in New York mit Außenminister Vance, um die „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen dem Iran und den USA zu besprechen.

Am 4. Okt. schreibt die französische Zeitung *Le Monde*, diese Zusammenkünfte stünden im Zusammenhang mit einer vom US-Außenministerium verbreiteten Studie, die zu dem Ergebnis kommt, daß „der Klerus im Iran auch weiterhin an der Macht bleibt“ und sich die Vereinigten Staaten offen mit ihm arrangieren sollten.

Am 3. Okt. wird L. Bruce Laingen von den USA zum Sonderbeauftragten für Iranangelegenheiten ernannt.

Am 5. Okt. berichtet die Londoner *Financial Times* auf der Titelseite, Washington habe die „Wiederaufnahme größerer Waffenlieferungen per Luftbrücke an den Iran“ angeordnet und würde die Entsendung einer „begrenzten Anzahl von Technikern“ in den Iran in Erwägung ziehen, um „den Zwist zwischen den beiden Ländern beizulegen.“

Am gleichen Tag erklärt Chamran, der Iran suche nach „ausländischen Beratern“ zur Mithilfe bei der Ausbildung der Armee.

Zwischen dem 3. und 5. Okt. verstärken die Amerikaner ihre Militärpräsenz im

Golf und im Indischen Ozean. Am 3. Oktober kündigt das US-Verteidigungsministerium eine Aufstockung der amerikanischen Flotte im Indischen Ozean an. Am gleichen Tag stimmt der in England ausgebildete Sultan von Oman, Qabus, dem Aufbau von US-Basen auf omanischem Boden zu, um die Seewege des Golfs „zu schützen“. Am 5. Okt. berichtet die israelische Zeitung *Yediot Aharanot* über ein offizielles israelisches Angebot an die Vereinigten Staaten, bei militärischen Aktionen im Golf zusammenzuarbeiten. In diesem Zeitraum beschäftigt sich die Carter-Administration laut *Saudi Arab News* in verschiedenen Sitzungen mit dem Persischen Golf, was die saudische Zeitung mit Berichten über

ÜBERFUHRT!



Henry Kissinger

Der Schah von Iran konnte nur in die Vereinigten Staaten einreisen, weil der ehemalige US-Außenminister ungeheuren Druck auf die Carter-Administration ausgeübt hat. Auf einer Besprechung, auf der es um die Einreisegenehmigung für den Schah ging, fragte Carter seine Berater:

„Wenn die Iraner unsere Leute in Teheran als Geisel nehmen, was würden Sie mir dann raten?“

ausgedehnte Manöver der iranischen Marine im Golf in Verbindung bringt.

11. Okt.: John Connally fordert einen Nahostmilitärpakt gegen die Sowjetunion.

In einer Rede vor dem Washingtoner Presse-Club fordert der republikanische Präsidentschaftskandidat John Connally die Schaffung einer regionalen Allianz im Bereich des Nahen Ostens und des Indischen Ozeans, bestehend aus Israel, der NATO, Japan und „gemäßigten“ arabischen Ölförderstaaten. Um die arabischen Länder für seinen Vorschlag eines Militärpaktes zu ködern, geht Connally auch auf die „Rechte der Palästinenser“ und die Jerusalemfrage ein, letzteres Thema insbesondere an die Adresse Jordaniens, Saudi-Arabiens und der arabischen Golfemirate gerichtet.

Verfaßt wurde die Rede Connallys von Samuel Hoskinson, ehemaliger Nahostberater des Nationalen Sicherheitsrates, und W. Scott Thompson, einem Strategen der Fletcher School of Law and Diplomacy. In Interviews schildern beide die Rede Connallys sowohl als einen Versuch, die NATO in den Bereich des Persischen Golfs auszudehnen, als auch als Druckmittel gegen die Europäer und Araber.

12. Okt.: Ramsey Clark drängt Yazdi zum heiligen Krieg gegen den Schah.

Nach vor kurzem veröffentlichten und von Clark bestätigten Berichten richtet Ramsey Clark am 12. Oktober einen Brief an Yazdi mit folgenden Ratschlägen: „Es ist von entscheidender Wichtigkeit zu demonstrieren, daß Despoten sich nicht davonstehlen und in Wohlstand leben können, während die von ihnen geplünderten Nationen weiterhin leiden. (Ich fordere) die neue Regierung des Iran auf, für die verbrecherischen und ungerechten Taten des ehemaligen Schahs nach Entschädigungen zu verlangen und die Eigentümer des Schahs, seiner Familie und seiner Helfershelfer, die dem iranischen Volk

ÜBERFUHRT!



Zbigniew Brzezinski

Als die 62 amerikanischen Geiseln bereits in der Teheraner Botschaft festsaßen, erklärte Pressesprecher Jody Powell auf einer Pressekonferenz am 13. November:

„Zbigniew Brzezinski sieht in dem moslemischen Fundamentalismus ein Bollwerk gegen den Kommunismus.“

ungesetzlicherweise weggenommen wurden, zurückzuholen.“

Clarks Verantwortung für den heiligen Krieg gegen den Schah wird weiterhin bestätigt durch einen Bericht der französischen Zeitung *France Soir* vom 8. Nov., wonach Yazdi am 14. Okt., zwei Tage nach Eintreffen von Clarks Brief, nach Paris reiste, um mit allen iranischen Botschaftern auf der Welt und Geheimdienstagenten eine „internationale Kampagne“ für die Auslieferung des Schahs und anderer „Verbrecher“ zu planen, die mit dem Schah zusammenarbeiteten und jetzt im Exil leben.

14. Okt.: George Ball wird für die Destabilisierung Saudi-Arabiens aktiv.

Ball unternimmt eine Reise in das sau-

Die Komplizen der Irakkrise

Ibrahim Yazdi:

Der ehemalige iranische Außenminister Yazdi hat zwischen 1959 und 1978 seine Ausbildung in den USA erhalten: Am Massachusetts Institute für Technology, der Fairleigh Dickinson University und der Baylor University in Texas. Während dieser ganzen Zeit stand er in engem Kontakt mit Richard Cottam von der Universität of Pittsburgh, einem ehemaligen Offizier des American Foreign Service und bekannter CIA-Sachbearbeiter für „oppositionelle

Gruppen“ im Iran. Während seines Amerika-Aufenthaltes half er bei der Gründung der Muslim Student Association und der Iranian Student Association sowie einer religiösen Abspaltung, der Young Muslim Organisation. Nach Rückkehr in den Iran letztes Jahr übergab man ihm die Kontrolle über die „Komiteh“-Milizen, die für zahllose Grausamkeiten und Mordanschläge in den Anfangstagen von Khomeinis Herrschaft verantwortlich sind.

Cyrus Vance:

Als ehemaliges Aufsichtsratsmitglied des Council on Foreign Relations war Vance einer der Koordinatoren beim „Project 1980s“ des Councils, das die „kontrollierte Desintegration“ der Weltwirtschaft im kommenden Jahrzehnt vorausplante. 1964-67 war Vance als stellvertretender Vertei-

gungsminister an der Auslösung von Rassenunruhen und der Militarisierung der amerikanischen Städte beteiligt. 1967 war Vance Präsident Johnsons Sonderbeauftragter für Zypern, dem Jahr, in dem die griechische Junta an die Macht kam. Vance sitzt weiterhin im Editorial Board der *New York Times*.

H. Bruce Laingen

Seit seinen Tagen als US-Botschafter in Malta hat Laingen (der jetzige Geschäftsträger im Iran) Beziehungen zur Moslem-Bruderschaft. Wie man weiß, werden die Netzwerke der Bruderschaft in Libyen vom schwarzen Adel Italiens und den Malteserrittern kontrolliert. Laingen war früher US-Botschafter in Afghanistan, dem Land, wo die Moslem-Bruderschaft mit tatkräftiger Unterstützung des

britischen und chinesischen Geheimdienstes versucht, die rechtmäßige Regierung zu stürzen.

Bernard Lewis:

Nach Lewis ist der Bernhard-Lewis-Plan benannt, der vorsieht, den gesamten Mittleren Osten nach Stammes- und Religionszugehörigkeiten neu zu ordnen. Nach seiner Ausbildung an der Universität London verbrachte Lewis die letzten Jahre am Institute of Advanced Studies der Universität Princeton (auch als Oxford West bekannt), wo er u.a. Konferenzen über die „Neugestaltung der Landkarte des Mittleren Ostens“ abhielt. Lewis verfaßte mehrere aufsehenerregende Artikel und Bücher über den „Aufstieg des Islam“ und über mittelalterliche Moslemsckten. Lewis bat einmal einen Reporter: „Veröffentlichen Sie nicht, was ich

Ihnen sagte, sonst würde man mich nicht mehr in die Länder hineinlassen, über die ich gesprochen habe.“

Abolhassan Bani Sadr.:

Bani Sadr schrieb seine Doktorarbeit über „Landwirtschaftsreform“ bei Prof. Georges Balandier an der Pariser Sorbonne. Balandier ist eine zentrale Figur, die die Landwirtschafts- und Soziologiefakultäten der Sorbonne miteinander verbindet. In den gleichen Fakultäten haben auch Pol Pot und Ieng Sary studiert, die in Kambodscha wegen Völkermords an 3 Millionen Menschen verurteilt wurden.

Ramsey Clark:

Clarks Brief an Yazdi vom 12. Oktober war nicht seine erste Schandtat. Anfang des Jahres mischte er sich mit ausdrücklicher Genehmigung des State Depart-

ments unter eine amerikafeindliche Demonstration von Khomeini-Fanatikern in Teheran, die zum Sturz von Premierminister Bakhtiar führte. In der Kennedy-Johnson-Ära 1961-67 war Clark stellvertretender Justizminister und dann von 1967-69 Justizminister. Einer von Clarks Untergebenen im Justizministerium war *Warren Christopher*, der früher bereits unter George Ball im US-Außenministerium gearbeitet hatte. Als jetziger Staatssekretär unter Vance schickte Christopher Clark Anfang des Jahres in den Iran, um den Sturz Bakhtiar in die Wege zu leiten. Von 1969 bis heute arbeitete Clark als Anwalt bei der Kanzlei von Paul, Weiss, Goldberg, Rifkind, Wharton u. Garrison, und war in dieser Funktion beratend in die Verteidigung von Baader-Meinhof-Terroristen in der Bundesrepublik verwickelt.

dische Königreich, um sich privat mit dem Kommandeur der Nationalgarde, Prinz Abdullah, zu treffen, der als Anführer der Fraktion in Saudi-Arabien gilt, die die Ölproduktion drosseln will. Ebenfalls ist Abdullah für seine finanzielle Unterstützung zahlreicher Vorhaben der Moslem-Bruderschaft bekannt, und ihm wird nachgesagt, der Khomeini-Bewegung vor ihrer Machtübernahme ansehnliche Summen zugesteckt zu haben.

Vier Tage später erklärt Präsident Carter seine volle Unterstützung für die Ansichten der Abdullah-Fraktion. In einer Rede vor einer nationalen Konferenz über „Energiesparmaßnahmen“ erklärt Carter: „Es gibt kein Mittel zur Senkung der Ölpreise“. Der Präsident behauptet, die Produktion sei „auf dem maximalen Ni-

veau“, und es liegt „im nationalen Interesse einiger Länder, die Überproduktion zu stoppen ... Saudi-Arabien produziert mehr Öl, als ihm lieb ist ... (Sie würden es lieber) im Boden lassen.“

Ebenfalls am 18. Okt. taucht Umweltschützer Willy Brandt in Saudi-Arabien auf, um die Unterstützung der Saudis für die mit der Weltbank assoziierte „Brandt-Kommission“ zu gewinnen.

20. Okt.: Die Einreise des Schahs in die USA wird genehmigt.

An diesem Tag telegraphieren Präsident Carter und Außenminister Vance Laingen in Teheran, daß der Schah die Genehmigung erhalten habe, sich zur medizinischen Behandlung in die USA zu begeben. Nach einem rückblickenden Bericht der *New York Times* vom 18. Nov.

bedeutet diese Entscheidung Carters die Aufgabe achtmonatigen Widerstands gegen die „intensive Lobby“ von seiten David Rockefeller, des Vorsitzenden der Chase Manhattan Bank und „Schah-Bankiers“, und Henry Kissingers.

Die *Times* berichtet: „Die Entscheidung wurde trotz der Tatsache getroffen, daß Mr. Carter und seine politischen Berater seit Monaten wußten, daß die Aufnahme des Schahs amerikanische Staatsbürger in der Teheraner Botschaft gefährden würde. Ein Berater berichtete, daß Carter auf einer Sitzung gefragt habe: ‚Wenn die Iraner unsere Leute in Teheran als Geisel nehmen, was würden Sie mir dann raten?‘“

Weiterhin bemerkt die *Times*: „Die Administration wurde durch die amerikani-

sche Botschaft und die Central Intelligence Agency wiederholt gewarnt, daß eine Anwesenheit des Schahs in Amerika den Vorwand für scharfen Antiamerikanismus und mögliche Aktionen gegen die Botschaft bieten würde, ähnlich wie die eintägige Besetzung am 14. Feb. dieses Jahres.“

In jüngster Zeit, so die *Times*, habe dann Vizepräsident Walter Mondale begonnen, „in der Administration seine Ansicht zu verbreiten, daß man den Schah durchaus ins Land lassen sollte.“

Währenddessen liefern „die Schah-Angelegenheiten primär im Außenministerium über David D. Newsom, Staatssekretär für politische Angelegenheiten, über dessen Büro Kontakte zu (Mr.

Joseph W.) Reed als Vertreter der Rockefellerinteressen hergestellt wurden.“

Newson steht, wie auch Laingen, über Libyen mit der Moslem-Bruderschaft in Verbindung, wohin Newson wiederholte Reisen unternommen hat. Newson ist außerdem ein Protégé Henry Kissingers und vertritt im Außenministerium den Standpunkt des früheren Außenministers.

21.-23. Okt.: Verstärkte Destabilisierung Saudi-Arabiens und der Golf-Region.

Am 21. Okt. erscheint Senator Henry K. Jackson, ein führender Vertreter der zionistischen Interessen im Kongreß, in der Fernseh-Sendung „Face the Nation“, um

ÜBERFÜHRT!



Cyrus Vance

Am 5. November gab der iranische Ölminister Moinfar bekannt, der Iran wäre bereit, ein Ölembargo gegen die Vereinigten Staaten zu verhängen. Außenminister Cyrus Vance antwortete:

„Wenn die Iraner nicht auch die Produktion drosseln, würde sich der Weltölmarkt an das Embargo anpassen.“

Zwei Tage danach ordnete der Iran eine 10prozentige Kürzung der Ölförderung an.

eine Katastrophe am Golf zu prophezeien. Jackson betont, der Iran zerfalle in „kleine Bruchstücke“ und die Möglichkeiten eines „Putsches in Saudi-Arabien“ verstärkten sich.

Am folgenden Tag bringt die ägyptische Presse Meldungen in Umlauf, nach denen das saudische Innenministerium 90.000 Ausländer ausgewiesen habe, um den Ausbruch sozialer Unruhen zu verhindern. Am gleichen Tag gehen in Schweizer Bankkreisen Gerüchte um, daß eine „bolschewistische“ Fraktion in Saudi-Arabien an Boden gewinne. Am 23. Okt. berichtet die *Londoner Times* Gerüchte über das Abkommen einer radikalen „Jungtürken“-Gruppe in Saudi-Arabien; die *Times* meint, in Anbetracht des zunehmenden internationalen Geredes über einen „wirtschaftlichen Zusammenbruch im Stile von 1929“ seien diese Gerüchte „kaum beruhigend“.

Am oder um den 23. Okt. fand im Center for Strategic and International Studies der Universität Georgetown (Washington D.C.) ein geheimes Informationstreffen über die Instabilität Saudi-Arabiens und ihre Auswirkungen auf die militärpolitischen Optionen Amerikas für die Golf-Region statt. Der bei dieser geheimen Zusammenkunft erreichte Konsens: Die Vereinigten Staaten müssen sowohl auf dem Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean als auch auf dem Sinai eine starke „Einsatztruppe“ zwischen 100.000 und 200.000 Mann stationieren.

Auf diesem Informationstreffen erklärte der frühere Energieminister James R. Schlesinger, das saudische Regime befinde sich wegen „Korruption, Unzufriedenheit der Intelligenz, Kapitalflucht und des aufkommenden Khomeinidedankens auf dem absteigenden Ast.“ Unterstützt wird Schlesinger von Bernard Lewis, der behauptet, es entstünde eine „arabische OPEC ohne festes Interesse an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems“, die „grenzenlose Forderungen“ stellen würde.

Bani Sadr.

der Pol Pot des Iran

Am 10. November gab der damalige Außenminister Bani Sadr der französischen Zeitung *Le Monde* ein Interview, in dem er das Programm des „Islamischen Fundamentalismus“ umriß. Er sagte u.a.:

„Frankreich scheint nicht verstanden zu haben, daß wir uns von der Bevormundung durch die Supermächte befreien wollen. ...

Die Unternehmen, die uns Kernkraftwerke liefern sollten — die wir nebenbei gar nicht brauchen —, werden halb von Amerika finanziert. Das Vorhaben einer Tehera-

ner U-Bahn war Luxus, zu teuer und zu ehrgeizig. Wir wollen einfache, praktische und billige Transportmittel für eine Stadt, die schrumpfen wird. Teheran ist eine gräßliche, parasitäre Stadt, die allein die Hälfte des iranischen Verbrauchs an sich zieht und eine schändliche Last für den Staatshaushalt darstellt. Wir werden sie entvölkern. ...

Das Währungssystem und der Außenhandel, die den Iran an den internationalen kapitalistischen Markt ‚ketten‘, werden grundsätzlich neu geordnet werden. Eine vom Dollar unabhängige Währung, die Verbreitung des Austauschs, nicht



konsum- sondern entwicklungsorientiert, vor allem auf kleine Produktionsstätten auf dem Land und weniger in den Städten, werden zu den ersten Zielen der neuen Republik gehören. ...“

28. Okt. - 4. Nov.: Möglichkeit einer Geiselnahme verstärkt sich.

Am 28. Okt. zeigt sich im Iran die erste Reaktion auf die Ankunft des Schahs in den USA am 22. Okt.. Ein Komitee iranischer Arbeiter droht mit einem Ölembargo, falls der Schah nicht an den Iran ausgeliefert werde. Die Komitees der iranischen Arbeiter stehen bekannterweise unter dem starken Einfluß der Bertrand Russell Peace Foundation mit Sitz in London und sind von zahlreichen Agenten der British Petroleum und Provokateuren der trotzkistischen Vierten Internationale sowie der maoistischen Bewegung des chinesischen Geheimdienstes durchsetzt.

Am 29. Okt. beginnt auch Khomeini zu reagieren. „Schließt das Tor zum Westen!“ sagt er zu seinen fanatischen Jüngern. „Diese Amerika-hörigen Ge-

hirne müssen aus dem Land vertrieben werden!“ Am 1. November ruft er die Studenten auf, „mit aller Macht ihre Angriffe auf die Vereinigten Staaten und Israel zu verstärken, um so die Vereinigten Staaten zu zwingen, den entthronten und grausamen Schah auszuliefern.“

4. Nov.: Die Botschaft wird besetzt.

Nach fünf Warnungen der Regierung Bazargan an die Vereinigten Staaten, mit der diese gegen den Besuch des Schahs in New York protestiert, wird die US-Botschaft schließlich von einer paramilitärischen Bande von Iranern besetzt. Ursprünglich behauptet man, die Botschaft sei von einem Studentenmob übernommen worden, aber später stellt sich heraus, daß alle „Studenten“ Mitglieder der iranischen Geheimpolizei SAVAMA sind. Obwohl Khomeini schon am 1. Nov. zu der

fraglichen Demonstration aufgerufen hatte, war die Botschaft angeblich auf den Ansturm „nicht vorbereitet“; als der Angriff erfolgte, leisteten die Marines keinen Widerstand, kein Schuß fiel.

Im Augenblick der Besetzung trifft sich der US-Sonderbeauftragte Bruce Laingen im iranischen Außenministerium mit Ibrahim Yazdi. Laingen, der von zwei Beratern begleitet wird und Zugang zu einem Fernschreiber hat, bleibt während der gesamten Belagerung dort. Yazdis Büro gibt eine Erklärung ab, die die Aktion des Mobs befürwortet.

Der „Studentenmob“ wurde mit einer solchen Präzision dirigiert, daß die „Studenten“ nach einem offensichtlich irrtümlichen Angriff auf die nahegelegene britische Botschaft diese friedlich durch die Vordertür wieder verließen, als die Kommandozentrale in der US-Botschaft den Befehl zum Verlassen gab. Selbst die *Washington Post* bemerkt am 6. Nov.: „Das ist kein losgelassener Mob. Das ist eine Kraft unter strikter Kontrolle“.

Khomeini fordert sofort ein Oembargo, und Ölminister Moinfar erklärt am 5. Nov., er sei sofort bereit, ein Oembargo gegen die Vereinigten Staaten zu verhängen. Das US-Außenministerium erläßt Instruktionen, wie die Iraner am besten ein Oembargo ausführen könnten. „Um ein Embargo glaubwürdig zu machen“, zitiert die *New York Times* am 6. Okt. einen Vertreter des Außenministeriums, müßten die Iraner auch die Ölproduktion kürzen. „Wenn die Iraner die Produktion nicht kürzen, würde sich der Weltölmarkt an das Embargo anpassen.“ Zwei Tage später gibt der Iran eine 10prozentige Produktionskürzung bekannt!

Schließlich setzt Präsident Carter der Farce die Krone auf, indem er ankündigt, Ramsey Clark solle sich als Sonderbeauftragter beim Ayatollah für die Freilassung der Geiseln einsetzen.

9. Nov.: Bani-Sadr wird zum Außenminister ernannt.

Eine dramatische Eskalation der Situation ergibt sich durch die Ankündigung, Abolhassan Bani Sadr sei zum amtierenden Außenminister ernannt worden, um später auch noch das Wirtschafts- und Finanzressort zu übernehmen.

Bani Sadr beginnt den „Wirtschaftskrieg“ gegen die Vereinigten Staaten. Am 14. Nov. fordert er Ölpreiserhöhungen und erklärt am 16. Nov., die iranische Bevölkerung sei bereit, sich in dieser Situation „aufzuopfern“.

Derselbe Bani Sadr äußert am 10. Nov. gegenüber der französischen Zeitung *Le Monde*, Teheran sei eine „monströse, parasitische Stadt... Wir werden sie entvölkern,“ womit er seine vorangegangene Befürwortung des „kambodschanischen Modells“ unterstreicht. Sowohl Bani Sadr als auch Pol Pot von Kambodscha wurden an der Pariser Sorbonne ausgebildet.

Bani Sadrs Aufstieg signalisiert, daß im Iran die extremen Kultisten die Macht übernommen haben. Drei Tage nach Bani Sadrs Ernennung ahmt Khomeini die Mahnungen von Jim Jones, des Führers der Volkstempel-Sekte, nach: „Wir wissen, wie man fastet. Wir sind eine Nation von 35 Millionen, und viele von diesen Menschen freuen sich auf ein Martyrium. Mit diesen 35 Millionen werden wir uns aufmachen. Wenn sie alle das Martyrium durchgemacht haben, können sie mit dem Iran tun, was sie wollen.“

Gleichzeitig häufen sich die Anzeichen, daß die Carter-Administration einen militärischen Einsatz im Iran erwägt.

13. Nov.: Brzezinski befürwortet den islamischen Fundamentalismus.

Auf einer Pressekonferenz konfrontieren Korrespondenten den Pressesprecher des Weißen Hauses, Jody Powell, mit den Neigungen Zbigniew Brzezinskis zur Moslem-Bruderschaft. In einer von der Geiselnahme überschatteten Atmosphäre gibt Powell die aufsehenerregende Antwort, Brzezinski unterstützte den isla-

mischen Fundamentalismus als „ein Bollwerk gegen den Kommunismus“.

14. Nov.: Großangelegte Manöver beginnen.

James Reston fordert in der *New York Times* Präsident Carter auf, die NATO hinter die amerikanische Strategie gegen den Iran zu bringen. Gleichzeitig beginnen im Arabischen Meer großangelegte Seemanöver, an denen Marineeinheiten der USA, Großbritanniens und Australiens, einschließlich des amerikanischen Flugzeugträgers Midway teilnehmen.

20. Nov.: Die Heilige Moschee von Mekka wird besetzt.

300 bewaffnete Terroristen besetzen die Heilige Moschee von Mekka, die Regierung Saudi-Arabiens mobilisiert sofort das Militär. Später erklärt sich in Beirut eine Frontorganisation der Moslem-Bruderschaft, die „Islamische Revolutionäre Bewegung der Arabischen Halbinsel“, für den Überfall verantwortlich. Vorher war zunehmend Druck auf die saudische Regierung ausgeübt worden, als Vermittler zwischen Iran und den USA aufzutreten. Der ehemalige US-Botschafter in Kairo, Herman Eiltz, war deswegen in Riad vorstellig geworden.

Noch am gleichen Tag trifft sich Carter mit den Vereinigten Stabschefs und verurteilt die Verletzung des internationalen Rechts durch den Iran. Das Pentagon beordert einen zweiten Flugzeugträger, die Kitty Hawk, in die arabischen Gewässer. Sie wird dort genau zu dem Zeitpunkt eintreffen, wo in Dublin der EG-Gipfel zusammenkommt.

21. Nov.: Wahrscheinlichkeit einer militärischen Intervention wächst.

Die USA verstärken ihre Truppenpräsenz weiter. Die *Baltimore Sun* berichtet, daß die amerikanische Luftwaffe aus

Nordfolk, Virginia, mit riesigen Transportflugzeugen Hubschrauber mit Minenlegfähigkeit auf einen ungenannten Stützpunkt im Pazifik transportiert. Gerüchte einer Sperrung der Straße von Hormus entweder durch die Amerikaner oder als „Präventivmaßnahme“ durch die Iraner werden lauter. Die italienische *Unità* schreibt, der Iran werde „im Fall eines Angriffs auch die Olfelder der Nachbarländer zerstören.“

26. Nov.: Bani Sadr wird abgelöst. Warnungen des Auslands fruchten nichts.

Paul Marie de la Gorce vom französischen *Le Figaro* berichtet, daß die Entscheidung zur militärischen Intervention gefallen sei. Es gehe jetzt nur noch um die Wahl zwischen zwei unterschiedlichen Vorgehensweisen. Die Kreise um den ehemaligen Außenminister Kissinger seien für eine Besetzung des gesamten Iran, was sich für die USA zu einem neuen Vietnam auswachsen würde. Andere Kräfte plädierten lediglich für einen gezielten Schlag gegen die iranischen Olfelder und/oder die Straße von Hormus, den Ausgang des Persischen Golfs.

In beiden Fällen, so bemerkt de la Gorce weiter, wären die Hauptleidtragenden die Wirtschaften Westeuropas und Japans, „doch das scheint für die Amerikaner kein ausreichendes Argument zu sein.“ Zudem würde eine umfassende Intervention der USA die Sowjetunion ebenfalls zum Eingreifen zwingen, da es zu viele Stimmen in Moskau selbst gibt, die mit dem Wahnsinn des Ayatollahs liebäugeln.

Bani Sadr wird als Außenminister abgesetzt, nachdem er sich bereit erklärt hatte, zur Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates nach New York zu fahren. Generalsekretär Waldheim hatte erklärt, der Weltfrieden sei gefährdet wie seit der Kubakrise 1962 nicht mehr. Bani Sadr wird durch Said Ghotbzadeh ersetzt.



Iran-Krise: Der britische Anschlag auf den Dollar

In den zwei kurzen Wochen seit Ausbruch der Irankrise ist es den britischen Oligarchen und ihren Verbündeten, der amerikanischen „Ostküsten-Elite“, fast gelungen, die feudalistische Reorganisierung der Weltwirtschaft durchzusetzen, nach der diese Interessen schon mindestens seit Ende des Zweiten Weltkrieges trachten. Ihr Wirtschaftsprogramm wurde schon 1944 vom britischen Lord John Maynard Keynes auf der Währungskonferenz von Bretton Woods vorgeschlagen, konnte aber den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt damals nicht auferlegt werden:

1. Beendigung der Rolle des US-Dollar als wichtigste Weltreservewährung bei

gleichzeitiger Aufwertung der Position des Pfund Sterling.

2. Zerstörung der Souveränität nationaler Regierungen über ihre Wirtschaftspolitik, einschließlich und insbesondere der Abschaffung der nationalen wirtschaftlichen Souveränität der Vereinigten Staaten.
3. Transformation des Internationalen Währungsfonds in eine Weltzentralbank mit diktatorischen Befugnissen über die weltweite Kreditvergabe.
4. Bewußtes Anheizen einer weltweiten „kontrollierten“ Depression.

Obwohl die angloamerikanische Elite seit über 30 Jahren für ein solches Programm eintritt, entschied sich erst



Der britische Devisenmarkt. Das „Petrofund“ soll wieder Weltreservewährung werden.

während der Konferenz des Internationalen Währungsfonds im September 1979 eine Wahnsinns-Fraktion innerhalb dieser sich um gewisse belgische und habsburgisch-jesuitische Interessen gruppierenden Elite, es „darauf ankommen“ zu lassen und das volle Programm durchzusetzen — selbst wenn damit ein nuklearer Holocaust ausgelöst würde.

Bei dieser Konferenz, die vom 30. September bis 5. Oktober in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad stattfand, waren die Briten mit einer bedrohlichen Herausforderung ihrer Macht konfrontiert; nämlich einer wachsenden Koalition westeuropäischer Regierungen mit arabischen Petrodollarbesitzern und anderen Nationen der Dritten Welt. Angeführt von Frankreichs Präsident Valéry Giscard d'Estaing und Bundes-

kanzler Helmut Schmidt forderte diese internationale Allianz die Beendigung der Austeritätsbedingungen des IWF und unternahm Schritte zum Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS) zu einem weltweiten goldgedeckten Währungssystem zur Industrialisierung der Dritten Welt.

Diese Gefahr, daß einige OPEC-Länder ihre Oldollars in das Europäische Währungssystem leiten und damit mit einem Schlag der Autorität des Internationalen Währungsfonds ein Ende setzen könnten, war der Auslöser für die Entscheidung, die Irankrise zum Ausbruch zu bringen.

Der Leser benötigt keine „Geheimdokumente“, um sich von der Wahrheit dieser Behauptung zu überzeugen. Für jeden, der in dem Leitartikel des Magazins *Business Week* vom 19. Nov.

zwischen den Zeilen lesen kann, liegt das gesamte Planspiel auf der Hand. Der Artikel mit der Überschrift „Die Olkatastrophe der 80er Jahre“ warnt vor einem bevorstehenden Zusammenschluß von EWS und OPEC und schlägt eine militärische Invasion der USA im Persischen Golf als „vernünftige“ Reaktion vor, sollte Europa mit seinen Plänen fortfahren.

Freimütig gibt *Business Week* zu, daß eine amerikanische Militärintervention in Verbindung mit der drakonischen Austeritätspolitik des Vorsitzenden der amerikanischen Federal Reserve Paul Adolf Volcker zu einer verheerenden weltweiten Depression führen wird! Das Magazin zitiert verschiedene hochgestellte Bankiers, die einen „synchronisierten Zusammenbruch“ der Weltwirtschaft und „eine internationale Finanzkatastrophe“ vorhersagen.

Es handelt sich hier um eine schwarz auf weiß gedruckte Verschwörung; die von vornherein geplante Besetzung der Botschaft im Iran wird als Vorwand benutzt, um die europäischen Kräfte zu zerschlagen und durch Zudrehen des Olhahns, Unterbrechung der internationalen Kreditströme und letztlich die Drohung eines Weltkrieges einen weltweiten Wirtschaftskollaps in Gang zu setzen.

Die folgende Chronologie der wesentlichsten Ereignisse seit der IWF-Konferenz im September bis zur gegenwärtigen Krise sollte alle Zweifel hinsichtlich des „planvollen“ Charakters der iranisch-amerikanischen Konfrontation und ihrer anglo-amerikanischen Urhebererschaft zerstreuen.

Phase II des EWS

Am 26. September erklärte der französische Außenminister Jean-François Poncet auf einer Pressekonferenz in New York, er „sehe voraus“, daß das Europäische Währungssystem möglicherwei-

se den IWF ersetzen und einen Finanzierungsmechanismus für die Industrialisierung der Dritten Welt schaffen würde. Poncets Bemerkungen signalisierten, daß man bereits Vorbereitungen zur Einleitung der von den europäischen Vertretern lange debattierten „zweiten Phase des EWS“ traf — die Ausweitung des EWS von einer Währungsstabilisierungszone zu einer internationalen Entwicklungsbank.

Diese Interpretation der Äußerungen Poncets wurde dadurch bestätigt, daß der französische Finanzminister René Monory sich der von Mexiko angeführten „Gruppe der 24“ Entwicklungsländer auf der IWF-Konferenz mit der Forderung anschloß, die IWF-Politik der harten „Bedingungen“ zu mildern. In seiner Rede am 3. Oktober rief Monory die versammelten Vertreter der Belgrader Konferenz auf, „die Welt aus dem Taumel monetärer Unordnung und Armut zu reißen.“

Dem Bündnis zwischen Europäern und Dritter Welt gelang es außerdem, das vom US-Finanzministerium unterstützte Vorhaben eines „Substitutions-Kontos“ für Sonderziehungsrechte zu blockieren. Nach diesem Plan wären sämtliche Regierungen gezwungen gewesen, ihre „überschüssigen“ Dollarreserven im Austausch gegen Sonderziehungsrechte dem IWF zur Verfügung zu stellen, wodurch der IWF zur wichtigsten Weltreserveinstitution mit einer ungeheuren neuen Verfügungsgewalt über die weltweite Liquidität geworden wäre.

Währenddessen enthüllte die französische Zeitung *Les Echos* in einem Kommentar am 4. Oktober europäische Pläne zum Aufbau eines neuen goldgedeckten Kreditsystems, das sowohl den Wert des Dollars wiederherstellen als auch eine ordentliche Neuordnung der Schulden der Dritten Welt erlauben würde.

Die Belgrader Konferenz war für die angloamerikanischen Kräfte eine solche

Niederlage, daß ein verbitterter Londoner *Economist* in seiner Ausgabe vom 29. September warnte: „Eines Tages werden die Finanzminister der Welt aufwachen und feststellen, daß der IWF im Stehen gestorben ist“.

Volckers Depression

Die angloamerikanische Fraktion reagierte sofort, und zwar mit der Drohung, die amerikanische Wirtschaft in die Knie zu zwingen und Europa mit in den Abgrund zu ziehen. Am 6. Oktober, einen Tag nach Beendigung der IWF-Konferenz, stellte der Vorsitzende der Federal Reserve, Paul Volcker, sein Drei-Punkte-„Anti-Inflations“-Paket vor, das ein Hochschnellen des Diskontsatzes, höhere Reserveraten für die Kreditaufnahme amerikanischer Banken auf dem Eurodollarmarkt und die Absicht der Fed, das Geldmengenwachstum drastisch zurückzuschrauben, beinhaltete — gleichgültig, wie hoch die amerikanischen Zinsraten steigen würden. Das Ergebnis war der Beginn einer neuen amerikanischen Depression, die im Auto- und Wohnungsbaubereich bereits allzu deutlich ist.

Bei einer in Port Chester, New York, am 26. Oktober abgehaltenen Konferenz richtete darauf der Staatssekretär im US-Finanzministerium, Anthony Solomon, scharfe Angriffe gegen die europäischen Regierungen wegen ihrer angeblich mangelnden Zusammenarbeit mit der amerikanischen Finanz-, Außen- und Militärpolitik. Nach dem offiziellen Wortlaut der Äußerungen Solomons beklagte er sich: „In den USA hört man ständig die europäischen Rufe nach einer stärkeren Führung der USA auf dem Gebiet der Wirtschaft und insbesondere im finanzpolitischen Bereich ... Wenn die USA jedoch versuchen, die Führungsrolle zu übernehmen, fehlt häufig die Bereitschaft der Europäer zu folgen.“ Insbesondere zog Solomon die Europäer

wegen ihrer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit OPEC-Ländern zur Rechenschaft.

Das unverschämte Verhalten der US-Vertreter in Port Chester wurde von der Wirtschaftszeitung *Handelsblatt* kommentiert, die bemerkte, die Vereinigten Staaten seien „von der neuen Hybris der herrschenden deutschen Elite angewidert“ gewesen, ein nicht genannter Amerikaner hätte die Bundesregierung sogar mit Hitler verglichen! Die Konferenz von Port Chester war von der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgerichtet worden.

Am 30. Oktober wurde ein weiterer Hieb ausgeteilt: Die britische Regierung gab die Abschaffung der seit 30 Jahren bestehenden Devisenbeschränkungen bekannt. Damit war das letzte technische Hindernis für ein Wiederaufleben des Pfund Sterling als Reservewährung beseitigt. Dieser britische Schachzug erfolgte ungefähr zu der gleichen Zeit, als Vertreter der amerikanischen Notstandsbehörde Federal Emergency Management Administration (FEMA) Pläne für den Fall des Einfrierens iranischer Guthaben ausarbeiteten, ein Schritt, der die Wertminderung des Dollars drastisch beschleunigt und das Pfund zu einem Höhenflug veranlaßt hat.

Das Komitee der 30

Währenddessen veranstaltete am 30. November der „Philadelphia World Affairs Council“, eine Schwesterorganisation des New Yorker Council on Foreign Relations, eine Konferenz, auf der führende amerikanische Bank- und Geschäftsleute über die Ziele des „Komitees der 30“ informiert wurden. Das Komitee der 30 ist eine Elitegruppe von Währungsexperten, die sich um die Durchsetzung des britischen Konzepts zur Reorganisierung der Weltwirtschaft kümmern.

Dieses Komitee war im Dezember 1978,

gefördert von der Rockefeller Foundation, ins Leben gerufen worden. Mitglieder sind u.a.:

Robert Triffin, ein langjähriger Freund der belgischen Königsfamilie, der im Augenblick Wirtschaftswissenschaften an der Universität Louvain lehrt;

Geoffrey Bell, Direktor der Schröder-Bank, einer britischen Handelsbank, die die Machtergreifung Hitlers entscheidend mitfinanzierte;

Paul Volcker; Vorsitzender der US-Zentralbank;

Kit McMahon, Direktor bei der Bank von England;

Otmar Emminger, scheidender Präsident der Deutschen Bundesbank und Gegner des EWS;

Robert Roosa, Teilhaber der New Yorker Investmentbank Brown Brothers Harriman; und

Johannes Witteveen, Ex-Direktor des Internationalen Währungsfonds, jetzt führend in der niederländischen „Finanzmafia“.

In seiner Rede vor der Konferenz in Philadelphia schlug Triffin vor, als Übergangsstadium zu einem System von Sonderziehungsrechten als hauptsächlicher Reservewährung ein „Multi-reservesystem“ zu schaffen, das auf der Einrichtung verschiedener „regionaler“ Währungsblöcke fußt. Scheinheilig lobte Triffin das EWS und seine Verrechnungseinheit, den ECU, und forderte gleichzeitig, den ECU und ähnliche „regionale Währungen“ an die Sonderziehungsrechte anzubinden, um so den IWF zum Schiedsrichter über die Weltkreditversorgung zu machen.

Die zweite Stufe im Wirtschaftskrieg der Wahnsinns-Fraktion erfolgte in der Woche vom 4. bis 10. November, als die Londoner *Financial Times* berichtete, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit Sitz in der Schweiz arbeite an einem Plan zur drastischen

Kürzung der internationalen Kreditaktivität der Privatbanken. Dieser Plan, der von den führenden Weltzentralbanken formal noch nicht akzeptiert ist, würde die Banken dazu zwingen, Kredit an ein bestimmtes Land nur in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes ihres Eigenkapitals auszugeben. Nach den Aussagen eines New Yorker Bankspezialisten wird der BIZ-Plan praktisch bereits durchgeführt. Mitte Oktober waren die Euro-markt-Finanzquellen für die Länder der Dritten Welt fast vollständig versiegt, mit Ausnahme der „kreditwürdigsten“ Entwicklungsländer, und selbst diese wurden zur Annahme härtester Kreditbedingungen gezwungen.

Diese Kreditrationierung steht unter der zentralen Kontrolle von Alexandre de Lamfalussy, einem Ökonomen der BIZ, der außerdem mit der Banque de Bruxelles Lambert in Verbindung steht, die wiederum Beziehungen zu Rothschild-Interessen hat. Außerdem arbeitet Lamfalussy mit dem US-Währungsbeauftragten Robert Heymann zusammen, beide stehen in engem Kontakt mit Geoffrey Bell von der Schröder-Bank. Sowohl die BIZ als auch das US-Währungskontrollbüro betreiben ein ausgeklügeltes Computersystem, mit dem die Guthaben und Verbindlichkeiten jeder einzelnen Bank überwacht werden. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, auf die Banken, die weiterhin an „nicht kreditwürdige“ Länder ausleihen, starken Druck auszuüben.

Regierung mit Notverordnung

Am 14. Nov. gibt die Regierung Carter bekannt, sie habe das „Gesetz über internationalen wirtschaftlichen Notstand“ (International Emergency Economic Powers Act) in Kraft gesetzt und alle Guthaben der iranischen Regierung innerhalb der Vereinigten Staaten und bei ausländischen Filialen amerikanischer Ban-

ÜBERFÜHRT!



G. William Miller
US-Finanzminister

„Die FEMA ist in die Gesamtplanung eingeschaltet. ... Wir von der FEMA hatten diesen Plan, die iranischen Guthaben einzufrieren, schon zwei Wochen bevor wir dies veranlaßten. Die gesamten zwei Wochen habe ich am Telefon verbracht, und versucht, die Gerüchte zu ersticken, daß wir einen solchen Schritt unternehmen würden.“

Randy Kau, Koordinator im US-Finanzministerium und Verbindungsmann zur Notstandsbehörde FEMA.

ry Kissinger und David Rockefeller die Einreise des ehemaligen Schahs von Persien in die USA arrangierten. Die Krisenpläne wurden im voraus von der Federal Emergency Management Administration (FEMA), ausgearbeitet, einer neuen, streng geheimen interministeriellen Behörde, die unter der direkten Kontrolle von Brzezinskis Nationalem Sicherheitsrat steht und erst anlässlich des Zwischenfalls im Kernkraftwerk von Harrisburg gegründet worden war.

Randy Kau, leitender Staatssekretär im US-Finanzministerium und Verbindungsmann zur FEMA, äußerte gegenüber einem Journalisten: „Die FEMA ist in die Gesamtplanung eingeschaltet. Sie müssen verstehen, daß die bloße Erwähnung der Möglichkeiten, Guthaben einzufrieren, die Leute die Wände hochgehen läßt. Wir von der FEMA hatten diesen Plan, die iranischen Guthaben einzufrieren, schon zwei Wochen, bevor wir (Carter) dies veranlaßten. Die gesamten zwei Wochen habe ich am Telefon verbracht und versucht, die Gerüchte zu ersticken, daß wir einen solchen Schritt unternehmen würden... FEMA arbeitet an vielen nuklearen Szenarios, aber Sie haben Recht, im Augenblick beschäftigen wir uns auch mit einer Reihe dieser mittelfristigen Katastrophen.“

Wie Kau zugab, blieben die meisten Vertreter des Finanzministeriums, einschließlich der angeblich für die Beschlagnahme der iranischen Guthaben Verantwortlichen im Hinblick auf die FEMA-Aktivitäten im Hintergrund. Als der damalige iranische Außenminister

Bani Sadr seine Absicht äußerte, die iranischen Gelder von US-Banken abziehen, telefonierte der diensthabende Beamte im Finanzministerium sofort mit Kau; Kau kontaktierte die FEMA-Vertreter und Finanzminister G. William Miller, die dann Carter überredeten, dem FEMA-Plan zuzustimmen.

Zusammenbruch der Euromärkte wird geplant.

Was waren die tatsächlichen Begleitumstände der Beschlagnahme der iranischen Guthaben? Zunächst einmal entsprechen die weniger als 6 Mrd. Dollar offizieller iranischer Guthaben in den Vereinigten Staaten und bei Auslandsfilialen amerikanischer Banken recht genau dem „Rechenfehler“ von 4 Mrd. Dollar im Oktober-Bericht der Manufacturers Hanover Trust an die Federal Reserve über die Entwicklung des Geldvolumens. Sprecher verschiedener Banken haben erklärt, daß, hätten die Iraner lediglich ihre Einlagen abgezogen und sie in europäische Banken gesteckt, diese Dollars in den allgemeinen Eurowährungsdepositenpool zurückgeflossen und damit amerikanischen Banken wieder zugänglich gewesen wären.

Die Maßnahmen des US-Finanzministeriums haben stattdessen jedoch eine Kette von Ereignissen ins Rollen gebracht, die das weitere Funktionieren des Dollars als internationale Reservewährung ernsthaft unterminieren und die Eurodollar-Kreditmärkte und damit einen wesentlichen Teil des Weltkreditmarktes paralysieren. Die Entscheidung der Carter-Administration, die iranischen Guthaben auch bei Filialen amerikanischer Banken in westeuropäischen Ländern einzufrieren, war in der Tat illegal, da sie die Souveränität dieser Regierungen über die in ihren Ländern durchgeführten Bankoperationen verletzt. Nichtsdestoweniger hat die Aktion des US-Finanzministeriums einen Präzedenzfall geschaffen, an dem die europäischen Regierungen nicht zu rütteln wagten. Damit wurde praktisch die Kontrollbefugnis der USA über sämtliche Dollareinlagen und Dollarkapitalbewegungen auf der Welt etabliert.

Hieraus ergeben sich zwei Konsequenzen:

1. Andere OPEC-Regierungen, die nicht notwendigerweise mit der Khomeini-Fraktion sympathisieren, sind zunehmend beunruhigt über die Sicherheit ihrer eigenen Dollareinlagen und könnten von ihren britischen Finanzberatern dazu überredet werden, sich vom Dollar abzusetzen und so ein für allemal die Reservefunktion dieser Währung zu beenden.

2. Die Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Verfügbarkeit dieser Dollareinlagen hat schon dazu geführt, daß die Ausgabe mittelfristiger Eurodollarkonsortialkredite, von denen zahlreiche Regierungen der Dritten Welt und Europas zur Finanzierung ihrer Zahlungsbilanz abhängen, annähernd zum Stillstand gekommen ist. Diese Form der Kreditvergabe war schon durch die vorausgegangene Einführung der BIZ-Kontrollen erschwert worden.

Verschlimmert wird die Situation durch die Tatsache, daß Chase Manhattan, Citibank und andere US-Banken das Einfrieren der iranischen Guthaben zu ihrem Vorteil ausnutzen und die Guthaben in „Aufrechnung“ mit Tilgungszahlungen für noch ausstehende iranische Kredite beschlagnahmen. Europäische Banken werden dazu angehalten, ähnlich zu verfahren. Die Handlungsweise der amerikanischen Banken wird die Iraner dazu zwingen, sich bezüglich dieser Kredite für zahlungsunwillig zu erklären, was wiederum die „Verzugsklausel“ der Kreditvereinbarungen für Konsortialkredite in Kraft setzt, an denen neben amerikanischen auch europäische Banken beteiligt sind. Diese Klauseln besagen, daß, wenn der Iran gegenüber einem Gläubiger in Verzug gerät, er gegenüber allen anderen Gläubigern in Verzug ist, was die europäischen Banken zwingen würde, entweder die bei ihnen eingezahlten iranischen Guthaben einzufrieren oder den Hauptteil der Verluste zu tragen.

Die Beschlagnahme der iranischen

Guthaben stellt auch die Frage nach der nationalen wirtschaftlichen Souveränität anderer Nationen der Dritten Welt, sollte eine Panik auf dem Eurodollarmarkt diese Nationen zwingen, die Zahlungen für ihre Kredite einzustellen. In den letzten Jahren wurde in die meisten Kreditvereinbarungen, an denen amerikanische Banken beteiligt sind, aufgenommen, daß im Falle der Zahlungsunfähigkeit die Schuldner-Regierung auf ihre „souveränen Immunitätsrechte“ verzichtet und der Beschlagnahme ihrer Guthaben in den Vereinigten Staaten durch den Gläubiger zur Abdeckung der Schulden zustimmt. Ein wenig bekanntes Gesetz, das „Gesetz über auswärtige souveräne Immunität“ (Foreign Sovereign Immunities Act) aus dem Jahre 1976, sieht für den Fall, daß eine ausländische Regierung ihren Verpflichtungen gegenüber amerikanischen Banken nicht mehr nachkommt, die Beschlagnahme solcher Guthaben durch die US-Regierung vor. Solche Gesetze schützen weniger das amerikanische Bankensystem, sondern sorgen vielmehr dafür, daß die Volkswirtschaften von Ländern der Dritten Welt, die potentiell einen ungeheuren Markt für die amerikanische Industrie darstellen, sich von einem Schuldenkollaps nie wieder erholen.

Hier ein Beispiel, wie die britische Presse die Konsequenzen der Beschlagnahme durch das US-Finanzministerium beurteilt:

Daily Telegraph vom 17. Nov.:

„Obwohl die Angelegenheit erledigt ist, ist dem Weltfinanzsystem bereits beträchtlicher Schaden zugefügt worden... Internationale Banken sind darauf aufmerksam geworden, daß ein Großteil der Einlagen von Olgeldern potentiell instabil ist. Es wäre unrealistisch anzunehmen, die iranische Aktion sei ein nicht wiederholbarer und besonderer Fall. Libyen, Algerien, Irak, Nigeria (könnten nachfolgen) ...“

Bevor die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* überhaupt die Möglichkeit hatte, etwas über die Beschlagnahme iranischer Guthaben zu sagen, beurteilte die Zeitung am 15. Nov. die internationalen Konsequenzen der Maßnahmen Volckers zur Kreditstrangulierung wie folgt:

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Nov.:

„Wird es nicht bald Notverkäufe und Pleiten geben? ...“

Die empfindliche Geldverteuerung ist aber nicht nur in Amerika, sondern auch draußen in der Welt, vor allem am Eurodollarmarkt zu spüren. Ein großer Teil der gewaltigen Kreditpyramide von fast 500 Milliarden Dollar Darlehen läuft auf „Roll-Over-Basis“, das heißt, die kurzfristige Refinanzierung muß immer wieder erneuert werden...

Die Kreditgeber beginnen sich besorgt zu fragen, wie lange eine Reihe von stark verschuldeten Ländern, etwa in Südamerika, in Afrika und Asien, eine solche gewaltige Zinslast überhaupt tragen könnten. Mit jedem Monat werden die Schwierigkeiten jetzt wohl wachsen. Erst recht muß abgewogen werden, ob man Entwicklungsländern, die hoch verschuldet sind, noch neue Kredite gewähren könne. Aber manche Schuldner haben schon durchblicken lassen, daß sie bei Kreditverweigerung möglicherweise das nächste Mal ihre Zinsen nicht mehr zahlen könnten.“

Lang lebe England!

Schließlich hat als direktes Ergebnis der Maßnahme des US-Finanzministeriums das britische Pfund Sterling, eine Währung ohne jede Basis in industrieller Produktion, einen Höhenflug angetreten mit einem Anstieg von 2.1150 \$ zu 2.18 \$ innerhalb einer Woche. Schröder-Bank-Direktor Geoffrey Bell erklärte in einem Interview am 14. November, warum das Pfund von den Ereignissen profitierte. Laut Bell wird die Flucht anderer OPEC-

Länder aus dem Dollar die europäischen und japanischen Verbündeten Amerikas dazu zwingen, dem „geordneten“ Auslaufen der Reservewährungsfunktion des Dollars zuzustimmen sowie seiner Degradierung zu einem bloßen „primus inter pares“ neben anderen Hauptwährungen wie der Deutschen Mark, dem japanischen Yen und dem Schweizer Franken. Das britische Pfund wird davon besonders profitieren, da die britischen Nordseeölrreserven in einer Zeit schwindelerregender Ölpreise dem Pfund den Status einer „Olwährung“ zukommen lassen. Das Wiedererstarken des Pfundes wurde auch gefördert von der am 15. Nov. verkündeten Entscheidung der Bank von England, die Mindestzinsrate von 14 auf 17% heraufzusetzen. Dies war ein deutlicher Schachzug innerhalb des Finanzkriegs, um internationales Kapital aus dem Dollar abzuziehen und in das Pfund Sterling zu locken.

In einem Artikel mit der Überschrift „Die Flucht aus dem Dollar landet beim Pfund Sterling“ kommentierte der *Daily Telegraph* am 20. Nov.: „Wie weit wird das Pfund steigen? Das hängt davon ab, wie ernst die iranische Drohung gegen den Dollar ist. Die Stärke des Pfundes ist

rein zufällig ... eine unwillkürliche Kombination verschiedener Faktoren ... Die Vermutung, hinter der diesbezüglichen britischen Regierungspolitik stünde eine bestimmte Absicht, ist unnötig.“

Die anglophile italienische Tageszeitung *Il Giornale* war weniger zurückhaltend. In ihrem Bericht vom 20. Nov., „Das Ende des Dollars“, schreibt *Il Giornale*: „Die internationalen Märkte haben schon die Währung ausgesucht, mit der sie den Dollar ersetzen: das Pfund Sterling. Wieder einmal ist die City der wesentliche internationale Markt, dank der liberalen Politik Frau Thatchers.“

Um alles noch schlimmer zu machen, entschied das US-Finanzministerium, iranische Guthaben im Wert von ca. 300 Mio. Dollar bei ausländischen Filialen von US-Banken von der Beschlagnahme auszunehmen. Der Großteil dieser Guthaben besteht aus Sterling-Einlagen. Mit anderen Worten haben die Maßnahmen des US-Finanzministeriums einerseits die Reservefunktion des Dollars untergraben und andererseits die potentielle Reservefunktion des Pfund Sterling protègiert! Keynes' Traum ist nun beinahe Wirklichkeit!



Carter

Brzezinski

Vance

Desintegration der Ölmärkte — BP und Shell nutzen die Irankrise

Seit ungefähr 1971 folgen die Entwicklungen in der Energiepolitik bestimmten Szenarien „kontrollierter wirtschaftlicher Desintegration“, wie sie weltweit vom New Yorker Council on Foreign Relations in seinem „Project 1980s“ entwickelt worden sind.

In der CFR-Projektstudie *Oil Politics in the 1980s: Patterns of International Cooperation* heißt es, daß die Energiekrise von 1973 und die damit einhergehende Vervierfachung der OPEC-Ölpreise der Beginn einer „Ölrevolution“ gewesen sei.

Während dieser Zeit sei eine neue „Öl-ära“ angebrochen, die der Bericht das „zweite Ölregime“ nennt.

Das Buch wurde von Oystein Noreng, Aufsichtsratsmitglied der norwegischen Ölfirma Statoil, verfaßt und sagt mit bemerkenswerter Genauigkeit die heutige Ölkrise voraus. Das zweite Ölregime, das sich über das ganze kommende Jahrzehnt erstrecken soll, werde, so Noreng, von der „Desintegration“ der traditionellen Ölmärkte gekennzeichnet sein, die von den Sieben Schwestern der multinationalen Ölkonzerne kontrolliert wurden. Diese

Desintegration werde die Ölpreise dramatisch in die Höhe schnellen lassen und wiederholt zu Unterbrechungen der weltweiten Ölströme führen.

Die ungeheuren Preissprünge des Ols im Anschluß an die Einstellung der iranischen Olexporte in diesem Frühjahr sind bereits ein unmittelbarer Ausdruck des zweiten Ölregimes des CFR.

Diesem Szenario der angloamerikanischen Elite liegt der gezielte Versuch zugrunde, die Energiekrise (die nach ihrer Kalkulation die gesamten 80er Jahre anhalten soll) so zu wenden, daß Europa, Japan und die ölproduzierenden Staaten in ein multinationales Energiekartell hineingezwungen werden. Dieses Kartell, das der Obergabe der Ölmultis unterstellt sein soll, würde alle Energiebereiche kontrollieren: Öl, Kohle, Kernenergie und selbst die synthetischen Treibstoffe.

Ein solches Kartell würde auf dem Energiebereich dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank entsprechen, insofern auch der Bericht zu der Schlußfolgerung gelangt, daß der Erfolg des ganzen Szenarios von der Erhaltung des zerfallenden Währungssystems von Bretton Woods, d. h. der Finanzzentren der Londoner City, der Wall Street und des IWF abhängt.

Wir wollen hier jetzt eine kritische Betrachtung der tumulthaften Ölmärkte während des vergangenen Jahres anschließen, und diese Entwicklungen mit den veröffentlichten Plänen des Council on Foreign Relations vergleichen. Es wird sich erweisen, daß London der Hauptmanipulator der jüngsten Ölkrise ist, genauso wie eine ganze Reihe von Kräften in der Londoner City die steigenden Energiekosten zur endgültigen Ausschaltung des Dollars benutzen wollen. Ersatz wären die auf einen Währungskorb gestützten Sonderziehungsrechte des IWF.

Das Jahr 1971 markiert den Beginn einer Serie von OPEC-Ölpreiserhöhungen, die einhergingen mit gezielten Ver-

suchen Londons, das Kartell zum Bruch mit dem Dollar zu veranlassen. Kurz nach Präsident Nixons Aufhebung der Goldbindung und der Verhängung von Lohn-Preis-Kontrollen in den USA, so der bekannte Washingtoner Olfachmann Melvin Conant, „forderte London die OPEC auf, als Berechnungsgrundlage für Öl einen Korb von Währungen zu benutzen.“ Während der anschließenden Talfahrt des Dollars hat das OPEC-Kartell verschiedene Male einen Bruch mit dem Dollar in Erwägung gezogen.

Bereits vor der dramatischen Vervielfachung der OPEC-Ölpreise 1974 hatte das Kartell infolge der Machtergreifung Muammar Gaddafis in Libyen 1969 zunehmende Militanz an der Preisfront demonstriert. Doch bald änderte sich dieser Eifer, als die Saudis nämlich erkannten, daß radikale Preisschübe oder das Abgehen vom Dollar als Berechnungsgrundlage für die Ölpreise nur ihre wachsenden Dollarreserven abwerten würden.

Bis Ende 1978 gelang es den Saudis, dem Kartell relative Preiszurückhaltung aufzuzwingen. Bis 1976 hatte auch der Schah von Iran sich hinter die gemäßigte Preispolitik der Saudis gestellt. Saudi-Arabien und der Iran förderten immerhin über die Hälfte der Gesamtölproduktion der OPEC-Länder und hatten somit die wichtigste Waffe zur Kontrolle des Marktes in der Hand: Wollte ein Preisfalke ausscheren, wäre er aus dem Markt verdrängt worden.

Die „Islamische Revolution“, die den Schah stürzte, änderte die Machtverhältnisse in der OPEC und eröffnete eine Serie atemberaubender Preiserhöhungen, gegen die Saudi-Arabien alleine nicht mehr ankam.

Desintegration des Marktes und „höhere Gewalt“

Kurz nach dem iranischen Lieferstopp begannen die multinationalen Ölgesellschaften gegenüber dritten Vertragspartnern „höhere Gewalt“ geltend zu machen

und setzten sie im selben Zuge über Kürzungen der Lieferungen in Kenntnis. Mit dieser Verringerung der Lieferungen an andere Ölgesellschaften, die nicht dem System der Großen angehören, wurde ein Prozeß in Gang gesetzt, durch den Gesellschaften und Raffinerien gezwungen wurden, auf den Rotterdamer Spotmärkten einzukaufen und hohe Preisangebote für das dringend benötigte Öl zu machen.

Shell und British Petroleum waren die ersten, die „höhere Gewalt“ anführten, um ihre Verpflichtungen nicht einzuhalten. Im Januar berichtete die *Petroleum Intelligence Weekly*, daß die Nordsee-Ölproduzenten auf den Spotmärkten eine Preisspirale ausgelöst hätten. Es dauerte nur wenige Wochen, bis auch andere große Gesellschaften höhere Gewalt ins Feld führten und der Spotmarkt aus den Nähten platzte.

Genau diesen Prozeß der Auflösung des integrierten Marktes meint der CFR mit seiner Bezeichnung Desintegration der Ölmärkte. Im Verlauf des Jahres ist das Ölhandelsvolumen auf den spekulativen Spotmärkten von 5 Prozent des gesamten Ölhandels auf 25 Prozent gestiegen. Durch den zunehmenden Umfang der Transaktionen auf den Spotmärkten sank das durchschnittliche Preisniveau für Rohöl nicht unter 30 Dollar pro Barrel. Die Dynamik und der Umfang dieses Handels wiederum veranlaßten die OPEC zu etlichen Preiserhöhungen alleine in diesem Jahr.

Während im Iran die Revolution ausbrach, traf die OPEC auf ihrer Ölpreiskonferenz im Dezember 1978 eine Reihe von nie dagewesenen Entscheidungen, die darauf abzielten, die Ölpekulation, besonders auf dem Rotterdamer Markt, zu beenden. Dieser Schritt, unter Führung von Saudi-Arabien, sollte Kontinentaleuropa von dem Druck befreien, dem es durch die Ölpreismanipulationen des riesigen Olumschlags- und Raffineriekomplexes Amsterdam-Rotterdam-Antwerpen ausgesetzt war.

Die OPEC gab bekannt, daß sie die Preise 1979 um netto 10 Prozent erhöhen würde; die Erhöhungen sollten in vierteljährlichen, kleinen Schritten in Kraft treten, um Panikkäufe und den verstärkten Aufbau von Rohöllagern zu verhindern.

Zwischen Januar und Juni war die Ölpekulation so in Fahrt gekommen, daß der Preis über die 30-Dollar-Marke pro Barrel stieg. Die nordafrikanischen „Preisfalken“ reagierten auf die „Profitgier der Multis“ mit einem Aufgeld bei ihrem stark gefragten leichten Rohöl, wodurch so starke Unterschiede zwischen den OPEC-Preisen entstanden, daß das traditionelle Preisgefälle zwischen den verschiedenen Qualitätsstufen des Rohöls zunichte gemacht wurde.

Selbst als der Iran die Ölförderung im März in gewissem Umfang wieder aufnahm und trotz einer beträchtlichen Erhöhung der Förderung in Saudi-Arabien, Kuwait und Irak setzte sich der spekulative Preisanstieg fort. Nahrung erhielt er vor allem dadurch, daß die Multis immer noch „höhere Gewalt“ geltend machten und rohölknappe staatliche Gesellschaften Europas und Handelsgesellschaften Japans gezwungen waren, auch auf den Spotmärkten einzukaufen.

Bereits im August begann Shell damit, die zusätzlichen Kosten (Aufpreise) auf die verbliebenen Dritt-Vertragspartner abzuwälzen. Nach der *Petroleum Intelligence Weekly* vom 10. Oktober folgten andere große Gesellschaften bald diesem Verhalten von Shell und machten Ansprüche bis zu acht Dollar über Vertragspreis geltend.

Am 11. Oktober berichtete *Le Monde*, daß diese Aufpreis-Praxis nicht nur die Ölpreisspirale verstärkte, sondern daß viele der großen Gesellschaften hohe Angebote für direkte Spotkäufe von den Nahostproduzenten machten. *Le Monde* nannte dabei Shell, Esso und Gulf als die aggressivsten Bieter. Zu diesem Zeitpunkt forderte der Ölminister der Ver-



einigten Arabischen Emirate. Mana Saeed Oteiba, die Ölgesellschaften öffentlich auf, nicht so hoch für Spot-Rohöl der OPEC zu bieten. Auf der Konferenz der OPEC im Juni 1979 mußten die Saudis durch die Preisfalken eine erhebliche Niederlage einstecken und einem oberen Preisniveau von 23,50 Dollar pro Barrel zustimmen, während sie selbst ihren Preis auf dem unteren Niveau von 18 Dollar hielten. Bis zum vergangenen Monat konnte noch eine relative Disziplin in dem Oligkartell gehalten werden.

Wiederum drückten die Briten eine Runde von Preiserhöhungen in ihren Lieferverträgen durch, während die Spotmarkt-Preise für Rohöl und Petroleumprodukte Rekordhöhen erreichten.

Die British National Oil Company (BNOC) gab bekannt, daß sie ihre Preise über das OPEC-Limit von 23,50 Dollar an-

heben würde. Direkt darauf gab Mexiko eine Erhöhung auf 24,60 Dollar bekannt, Kuwait zog nach. Ende des Monats hatten Libyen, Nigeria und Algerien die Obergrenze von 23,50 Dollar überschritten, zahlreiche andere Produzenten hoben ihre Preise auf 23,50 Dollar an. Französische Pressemeldungen wiesen darauf hin, daß sowohl der Anstieg der Vertragspreise als auch der Spot-Preise durch den Schritt der BNOC hervorgerufen wurde. Nachdem nordafrikanisches Rohöl nun zu einem Preis zwischen 26 und 27 Dollar verkauft wird, erhöhte auch die BNOC in der letzten Woche erneut ihre Preise.

Vor zwei Wochen tat London noch ein weiteres, um die spekulative Preisspirale anzuheizen. Die Thatcher-Regierung gab eine 10-prozentige Produktionserhöhung für das größte Nordseeölfeld bekannt. Esso und Shell, die beiden Hauptbe-

treiber des Ölfeldes warnten, daß diese zeitlich schlecht gewählte Entscheidung den Preis für Erdölprodukte weiter in die Höhe treiben und die Gesellschaften zwingen würde, noch mehr spekulative Käufe auf den Spotmärkten zu tätigen.

Eine Quelle in einer schweizerischen Spot-Handelsgesellschaft meinte, daß die Großen nun selber zu einer starken Marktkraft im Spothandel geworden seien. Mobil Oil gehöre zu den besonders Aggressiven, welche die Preisspirale angekurbelt hätten.

Nach dem Bekanntwerden von Gerüchten über ein iranisches Ölembargo schossen die Preise für Rohöl auf den Spotmärkten über 50 Dollar pro Barrel. Das Chaos im Iran und das Embargo amerikanischer Tanker wird schätzungsweise bis zur Ölpreis-Konferenz der OPEC Mitte Dezember zu weiteren Preisanstiegen führen.

Kartellisierung der Energie

Die US-Ölgesellschaften, über die der Iran ein Embargo verhängt hat, werden nun gezwungen sein, das fehlende Öl auf dem Spotmarkt einzukaufen. Von Quellen der Industrie wurde vermutet, daß die OPEC eine obere Preisgrenze von 30 Dollar festsetzen wird, wenn die Entwicklung auf dem Spotmarkt fort dauert. Der *Middle East Economic Survey*, ein Journal, das für seine engen Beziehungen zu den Saudis bekannt ist, berichtete, daß Riad seine Preise noch vor der Konferenz am 17. Dezember auf 23,50 Dollar anhe-

ben wird. Während eines Besuches in Jeddah in Saudi-Arabien erklärte der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, der bekanntermaßen ein enger Verbündeter des saudi-arabischen Ölministers Yamani ist, gegenüber der Presse, daß sein Land für eine Preiserhöhung eintreten würde, da jegliche Preisdisziplin im Kartell zusammengebrochen sei.

Zahlreiche prominente amerikanische Bankiers, vor allem H. Thornburg von der Security Pacific Bank, sehen schlimme Zeiten für die Ölindustrie infolge der Preiserhöhungen und gleichzeitigen Kreditverknappung heraufziehen. Thornburg meint, daß eine Reihe von Unabhängigen von den multinationalen Gesellschaften aufgekauft werden.

In Europa wird ein ähnlicher Prozeß eintreten, daß nämlich die kleineren staatseigenen Ölfirmen aus dem Spotmarkt herausgedrängt werden, weil sie nicht mit den Multis mitbieten können. Unter diesen Bedingungen wird ein Neuordnungsprozeß bei den internationalen Energiefirmen eintreten, das, was der CFR die Bildung eines „multinationalen Ölregimes“ nennt. Die horizontale Diversifizierung der Multis, welche die Kontrolle über alle Bereiche der Energieproduktion erlangen, wird die Grundlage eines solchen Regimes sein. Die kleineren Firmen in den USA und Europa werden angesichts der chaotischen Märkte gezwungen sein, entweder eine solche „neue Realität“ anzuerkennen, oder sie werden bankrott gehen und aufgekauft werden.

Warum die Moslem-Bruderschaft

Die berüchtigte Organisation Ikhwan al Muslimuum, bekannt unter dem Namen Moslem-Bruderschaft, spielt eine entscheidende Rolle für die angloamerikanische Strategie im Nahen Osten und Asien.

Die Bruderschaft und ihre zahlreichen Unterabteilungen hat im Augenblick die Aufgabe, innere Unruhen in jenen Ländern des Nahen Ostens, Afrikas oder Asiens zu schüren, die eine stärkere Zusammenarbeit mit Frankreich, der Bundesrepublik und der Sowjetunion eingehen wollen, um die Grundlage für einen echten globalen Frieden im Nahen Osten und schließlich für eine Neue Weltwirtschaftsordnung schaffen. Unter dem Deckmantel des „islamischen Fundamentalismus“ haben die Bruderschaften die längerfristige Aufgabe, den Weg für die „Kambodschanisierung“ der Dritten Welt zu ebnet, für das britische Szenario des „finsternen Mittelalters“.

Als reaktionäre feudalistische Organisation in den Händen des britischen Geheimdienstes hat die Moslem-Bruderschaft in den letzten beiden Jahren in zwei Ländern die Macht ergriffen: Pakistan und Iran. Wenn man sich ansieht, was aus diesen beiden Ländern geworden ist, erhält man eine Vorstellung davon, was die Bruderschaft wirklich ist.

Unter dem Namen *Jamaat-i-Islami* und dessen Koordinierungsbüro für die Moslemische Welt (*Rabita alami Islami*) ist es der Bruderschaft in Pakistan gelungen, fast alles zu zerstören, wofür der humanistische ehemalige Premierminister Zulfikar Bhutto gekämpft hatte. Der regionale Friede mit den Nachbarn Indien und Afghanistan ist gefährdet, während die Jamaati ihre Mörderbanden einsetzt, um

„moslemische“ Destabilisierungen in beiden Ländern zu organisieren. Die regionale Wirtschaftszusammenarbeit ist gleichermaßen zusammengebrochen, da das Pakistan unter Zia Ul-Haque offen das Ziel verfolgt, seine potentielle Atomwaffe — die es von England bekommen hat — dazu einzusetzen, seine Nachbarn in eine pro-chinesische, anti-sowjetische Allianz zu zwingen. Gemäß dem chinesischen Modell wird Industrialisierung jetzt klein geschrieben, und Pakistan als Nation wird in den kommenden Monaten und Jahren in einer Reihe von Stammesfehden untergehen, wenn die Jamaat-i-Islami die Regierungsmacht länger behält.

Es ist auch keineswegs verwunderlich, daß Pakistan auf Anweisung von London die entscheidende Rolle dabei spielte, Khomeinis Machtübernahme im Iran zu ermöglichen. Die Erfahrungen in Pakistan wurden im Iran dazu benutzt, um das Land binnen weniger Monate völlig zu zerstören. Stammesrevolten, gefördert durch Khomeinis Politik, breiten sich aus. Für mehr als 2 Millionen meist junger Iraner ist der einzige „Ausweg“ der Konsum von Opium, das überreichlich auf den Markt strömt. Industrien werden geschlossen, die Städte leeren sich, die Menschen werden zurück aufs Land getrieben. Dutzende von Regimegegnern werden jeden Tag hingerichtet. Khomeinis Berater verkünden offen, daß es ihre bewußte Politik sei, das Land in die Feudalzeit zurückzutreiben. Gegenüber dem *Nouvel Observateur* erklärte im Juli 1979 Khomeinis damaliger Wirtschaftsberater Bani Sadr, daß der Iran dem kambodschanischen Modell Pol Pots

zerstört werden muß

folgen müsse, „aber ohne Maschinengewehre, nur durch Glaube und Überzeugung.“

Diese kurze Darstellung der beiden Opfer der Moslem-Bruderschaft spricht für sich; es ist keine Frage, ob die Islam-„Fundamentalisten“ islamisch sind oder nicht. Sie sind es nicht, und, wie wir zeigen werden, ist ihr künstlicher Glaube lediglich die moslemische Seite der britischen Operation „finsternes Mittelalter“, die in der westlichen Welt durch „christliche“ Fundamentalisten, Jim-Jones-Sekten und radikale Umweltschützer verkörpert wird.

Es ist auch keine Frage, daß die Moslem-Bruderschaft rigoros bekämpft werden muß. Es geht um das Leben von Millionen Menschen in der Dritten Welt, und da kann es, wie einige arabische Regierungen zu begreifen beginnen, keinen Kompromiß geben.

Einen solchen Kompromiß hat es vor einigen Monaten im Iran gegeben — im Glauben, daß Khomeini und seine Bande vielleicht besser sei als das korrupte Regime des Schahs oder das republikanische Regime Shapur Bakhtiars. Dieser Irrglaube hat die Regierungen Syriens, Iraks, Saudi-Arabiens und Regierungen außerhalb des Nahen Ostens sehr viel Lehrgeld gekostet.

Irak sieht nun seine Grenzen mit dem Iran militärisch bedroht. Bewußt hat Teheran die Kurden Barzanis in den Irak zurückgetrieben, während die irakische Schiiten-Gemeinde von einem sog. *Islamischen Komitee zur Befreiung des Irak*, das seinen Sitz, wie könnte es anders sein, in London hat, zur Revolte aufgerufen wurde.

Syrien hat sechzig seiner Militärskadeten durch ein Blutbad verloren, das eine Organisation mit Namen *Falangisten der Rechten* verübte, deren Führer bekanntermaßen Verbindungen zu Teheran unterhalten.

Auch Saudi-Arabien entgeht nicht der Aufmerksamkeit der Bruderschaft, die die saudische Monarchie als „unislamisch“ bezeichnet.

Wie alle arabischen Regierungen eigentlich wissen müßten, sind dies keine unzusammenhängenden Einzelereignisse, sondern dahinter steckt eine bewußt geplante Strategie. Vor kurzem wurde sie von Salem Azzam, einem notorischen britischen Agenten, auf einer Tagung des in London sitzenden *Islamic Council of Europe* öffentlich erörtert. Die genannten Ziele: Türkei, Syrien, Irak, die Sowjetunion u.a.

Darüberhinaus bieten die Machenschaften der Bruderschaft den Anglo-Amerikanern wissentlich den erwünschten Vorwand für eine bewaffnete Intervention in das Golfgebiet, um die Ölfelder zu besetzen!

Was ist die Moslem-Bruderschaft?

Erkundigt man sich über die Moslem-Bruderschaft, so bekommt man meist zu hören, daß sie als Organisation im Jahr 1929 in Ägypten von einem gewissen Hassan al-Banna gegründet worden sei, einem damals völlig unbekanntem Lehrer, der bis zu seiner Ermordung im Jahr 1949 an der Spitze der Organisation stand. Im Jahr 1954 verbot Nasser die Bruderschaft. In den arabischen Ländern geht die Legende um, sie vertrete den „islamischen Fundamentalismus“ und habe ge-

gen die Briten wie gegen die Zionisten gleichermaßen gekämpft.

Die Gründung der Bruderschaft war durchaus nicht der Entschluß eines unbekanntes ägyptischen Lehrers. Der Beweis ist die namhafte finanzielle Aufbauhilfe für diese „unbekannte und antibritische Organisation“ durch die berühmte Suez-Kompagnie. Der Gründung gingen Jahrzehnte laboratoriumsähnlicher Experimente der Briten im Nahen Osten und in Asien voraus, um die beste Methode zur „Kontrolle des asiatischen Denkens“ zu finden, wie es in den Schriften eines gewissen Sirdar Iqbal Ali Shah heißt, eines Afghanen, der zusammen mit seinem Sohn den Briten bei dieser Aufgabe behilflich war.

Die Kontrolle Asiens und seines Denkens war und ist für die Briten aus mehreren Gründen von großer Wichtigkeit gewesen. Zunächst galt es für sie zu verhindern, daß der Nahe Osten in das Grand Design hineingezogen würde, das der französische Außenminister Hanotaux und der russische Außenminister Graf Witte in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu entwerfen begannen. Zu diesem Zweck mußten die Briten — ebenso wie heute die Anglo-Amerikaner — die Ausbreitung des von ihnen meistgefürchteten republikanischen Gedankenguts verhindern.

Schon Ende des letzten Jahrhunderts bekam es England mit der Angst zu tun, wenn es die Ergebnisse der französischen Saint-Simonisten bei der Industrialisierung Ägyptens und den Entwicklungswillen Indiens betrachtete. Dieses Problem wurde akut, als der persische Qajar Shah sich Ende des letzten Jahrhunderts an Rußland zu orientieren begann. Das war der erste Testfall: Großbritannien schürte in Persien den Bürgerkrieg, indem über eingeschleuste Agenten die schiitische Geistlichkeit gegen den Vertrag mit Rußland aufgebracht wurde, und indem die künstliche Organisation Bahai'i, die sich als neue „Universalreli-

gion“ ausgab, die islamischen Geistlichen weiter reizte. So konnte England das Land unter seine Kontrolle nehmen, fast ohne daß ein einziger Schuß fiel, und Persien war „von der russischen Vormachtstellung befreit.“

Diesen Sieg hatte Großbritannien nur deshalb erringen können, weil es sich eine ganz bestimmte Methode zunutze gemacht hatte: die gleiche, mit der Al-Ghazali (1059-1111) gegen die Erben des großen Humanisten Ibn Sina (980-1037) kämpfte. Unter Ausnutzung der überlebenden Sufi-Sekten, die Al-Ghazali und sein Nachfolger Ibn Arabi geschaffen hatten, begann Großbritannien mit dem Aufbau einer „islamischen Ideologie“ auf den Grundlagen des Panislamismus, der Ablehnung der westlichen Kultur und des sog. „Antiimperialismus“.

Diese Aufgabe übernahm Al-Afghani, der Vater der *Panislamischen Bewegung*, der als Angehöriger der Bahai'i-Sekte unter dem Einfluß und der Protektion des britischen Orientalisten und Schottischen Freimaurers E.G. Browne stand. Durch seine Ausbildung als „islamischer Revolutionär“ spielte Al-Afghani beim Aufbau von Terroristengruppen in Syrien, Ägypten und anderen Ländern eine Schlüsselrolle; diese waren „antiimperialistischer“ Überzeugung, freilich nur, solange es um das französische Empire oder das mit Deutschland verbündete Ottomanische Reich ging.

Als Begleitmaßnahme zur Operation Al-Afghanis und danach zu T.E. Lawrences („Lawrence von Arabien“) Manipulation der arabischen Beduinestämme führte Prof. Arnold Toynbee vom Royal Institute of International Affairs später sein eigenes „Sufi-Projekt“ durch, eine ideologische Studie mit dem Ziel, die wirksamste Manipulationsmöglichkeit für die arabischen Länder zu finden. Toynbee konnte bestätigen, daß Al-Ghazali, der Prophet des Irrationalen, der Gegner der menschlichen Vernunft,



Sir John Glubb Pascha, früher Kommandeur der Arabischen Legion, heute Leiter der von London aus gesteuerten Moslem-Bruderschaft, auf deren Konto die meisten der Destabilisierungsaktionen im Mittleren Osten der jüngsten Zeit gehen.

für das britische Problem die Lösung darstellte.

Anfang der 20er Jahre war das Bild vollendet. Die allgemeine Gärung im Nahen Osten durch die bolschewistische Revolution kam den Briten gelegen, um mehrere „antiimperialistische“ Organisationen zu gründen, die sich später unter Scheich Shakib Arslan im *Panarabischen Kongreß* mit Sitz in Genf zusammenfanden. Dank ihres „progressiven“ Anstrichs gerieten zahlreiche Organisationen mit zuvor prosozialistischer Überzeugung in den Einflußbereich der Moslem-Bruderschaft, was insbesondere für die nordafrikanischen Befreiungsbewegungen zutraf und Frankreich so in Schwierigkeiten bringen sollte. Nachdem gegen Ende der

30er Jahre das Hauptziel erreicht war, schloß sich Arslans *Panarabischer Kongreß* mit dem *Panislamischen Kongreß* unter Suhraworthy zusammen, ein Ableger nicht nur der Bruderschaft, sondern vor allem der Paneuropa-Union des Grafen Coudenhove-Kalergi, Führer der „Blauhemden“ und Vorgänger Otto von Habsburgs.

In dieser Zeit überzog die Bruderschaft des „Lehrers“ al-Banna von Ägypten aus den ganzen Nahen Osten mit ihrem Netz. Sie spielte die „Countergang“ zu den von Großbritannien genährten zionistischen Organisationen: durch ihre terroristischen Angriffe auf alle Juden sorgte die Bruderschaft dafür, daß die zionistischen Organisationen wuchsen und ihren Füh-

rungsanspruch über alle Juden bekräftigten.

Überrascht es eigentlich noch, daß alle diese britischen Kreaturen während des Zweiten Weltkriegs mit der SS zusammenarbeiteten?

Insbesondere Arslans Panarabischer Kongreß und Al-Bannas Bruderschaft spielten nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Gründung der „Schwarzen Internationale“ eine einflußreiche Rolle. Arslans Anhänger in Nordafrika kollaborierten mit der Vichy-Regierung und den Nazis gegen de Gaulle, und viele kämpften als Angehörige der „Fremden Heere Ost“ unter General Reinhard Gehlen, dem späteren ersten Chef des Bundesnachrichtendienstes. Al-Bannas Anhänger wurden für die „Division Brandenburg“ und die „Arabische Legion“ angeworben, Seite an Seite mit den „christlichen Fundamentalisten“ der libanesischen Falange. Diese Allianz erinnert an Al-Ghazalis Bündnis mit dem europäischen „schwarzen“ Adel, die sich gemeinsam der Mongolenhorden bedienten, um die Kräfte der islamischen und christlichen Humanisten zu vernichten.

Die Bruderschaft heute

In den 50er Jahren mußte die Bruderschaft zunächst schwere Schläppen einstecken: Sie wurde von Präsident Nasser in Ägypten verboten. Dann verlor in Jordanien Sir John Glubb Pascha seinen Posten als Armeestabschef und als persönlicher Berater des Königs. Noch später nahm der Irak die Netzwerke der Bruderschaft unter Beschuß, und im Jahr 1965 wurde die Bruderschaft in Syrien militärisch geschlagen.

Für eine kurze Zeit hatten die Regierungen des Nahen Osten das politische Klima in ihrem Raum entschärft, aber offenbar ohne genau zu wissen, was sie eigentlich geleistet hatten — ohne Großbritannien als den Ursprung dieser Destabilisierungen zur Kenntnis zu nehmen.

Schon in den 50er Jahren hatte Großbritannien damit begonnen, seine funda-

mentalistischen Fußtruppen mit einer verbesserten Ideologie auszustatten. Während für die westliche Welt der neue Opiumkrieg und östliche Sekten vorbereitet wurden, begannen die Universitäten Oxford und Sussex sowie das Londoner Tavistock-Institut mit einem neuen Sufi-Projekt. Nomineller Führer: Idries Shah, Sohn des oben erwähnten Sirdar Shah.

Idries Shah wurde aus Afghanistan nach England geholt, wo er sich in Vorlesungen und Aufsätzen über das „sufistische Gedankengut“ ausließ. Was er vorlegte, findet man in den letzten Jahren in der neugegründeten Bruderschaft Ägyptens wieder. Es ist ein Eintopf aus „islamischem Fundamentalismus“ und neuzeitlicher Umweltschutz-Ideologie. Einer der „Brüder“ erklärte jüngst vor Gericht: „Ihre Zivilisation brauchen wir nicht. Wir wollen unter dem sauberen blauen Himmel der Wüste leben und dort zu Gott beten.“ Das ist das Ergebnis von Idries Shahs Arbeit, die sich der Unterstützung keines geringeren als Sir John Glubb Pascha erfreute. Idries Shahs Vorstellungen machte sich zu Beginn der 60er Jahre die amerikanische RAND-Corporation zu eigen. Auf dieser Grundlage begannen die Universität Princeton und das Center for Strategic and International Studies an der jesuitischen Universität Georgetown um das Jahr 1965 ihre Arbeit am Khomeini-Projekt. Der ehemalige iranische Außenminister und Drahtzieher Khomeinis, Ibrahim Yazdi, lebte zu dieser Zeit in den USA und arbeitete unter dem Oxford-Stipendiaten und Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes Mossad, Prof. Bernard Lewis, an der Ausfeilung des Projekts.

Nicht Khomeinis Erfolg im Iran, sondern bereits der Sturz des pakistanischen Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto im Juli 1977 war der entscheidende Faktor für die Wiederbelebung der Bruderschaft. Erstmals seit Jahrzehnten war die Bruderschaft (unter dem Namen



- 1 London, Anglo Arab Association: Sir John Glubb Pascha, Council for the Advancement of Arab-British Understanding; Sir Harold Beeley, Islamic Foundation; Kurshid Ahmad, Islamic Council of Europe; Saleem Azzam, Federation of Islamic Organisations
- 2 Islamabad, Jamaat-i-Islami: Sayyed Mawdoodi und Zia Ul-Haq, Rabat Alami Islami (Koordinationbüro für die islamische Welt)
- 3 Teheran, Fedayeen-i-Islami, Ayatollah Khomeini und Ayatollah Khalkhali
- 4 Riad, Muslim World League: Prinz Abdullah
- 5 Kalro, Ikhwan al-Muslimeen
- 6 Lugano, Yussuf Nada, Geschäftsmann Ghalib Himat
- 7 Genf, Islamic Institute: Said Ramadhan
- 8 München, Islamic Center: Ghalib Himat, Hanns-Seldel-Stiftung: Otto von Habsburg
- 9 Aachen, Bilal-Moschee: Issam al-Attar
- 10 Ankara, Nationale Heilspartei: Erbakan
- 11 Lagos, Islamic Foundation
- 12 Nairobi, Islamic Foundation
- 13 Chartum
- 14 Tripoli
- 15 Tunis
- 16 Algier
- 17 Rabat
- 18 Homs Aleppo

Jamaat-i-Islami) durch ihre Marionette General Zia Ul-Haque wieder an der Macht. Dieser Erfolg reaktivierte Netzwerke, die seit Mitte der 60er Jahre untätig gewesen waren. Ihre finanzielle Macht hatte sich durch die Ölpreiserhöhung des Jahres 1973 beträchtlich gesteigert — Prinz Abdullah, der Chef der Fundamentalisten Saudi-Arabiens, hatte seinen Anteil an der Einkommenssteigerung.

In enger Abstimmung mit dem Islamic Council of Europe, dem nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Nachfolger von Scheich Arslans Organisation, wurden aus Pakistan Fundamentalistentrupps in alle islamischen Länder geschickt. Das erste Land, das sich dieser neuen Aktivitäten erfreuen durfte, war

Ägypten, wo die Bruderschaft ohnehin bereits wieder von Sadat zugelassen worden war, womit er seine linken Gegner in Schach zu halten hoffte. Neue Organisationen entstanden in Nordafrika, insbesondere Tunesien. Die Anglo-Amerikaner schufen sich die bestmöglichen Voraussetzungen, um die Khomeini-Operation möglichst international ausschachten zu können.

In London standen hinter dem Islamic Council die Islamic Foundation unter „Bruder“ Kurshid Ahmad, Sir Glubb Paschas Anglo-Arab Association und Sir Harold Beeleys Council for the Advancement of Arab-British Understanding, der eng mit dem an Umweltschutz und Terrorismus orientierten Washingtoner Institute for Policy Studies sowie den Uni-

versitäten Princeton und Georgetown zusammenarbeitet.

Auf dem europäischen Kontinent saßen Spitzenkräfte der Bruderschaft im Exil. Issam al-Attar, ehemaliger Führer der Bruderschaft in Syrien, war 1965 aus Syrien ausgewiesen worden und ließ sich in der Aachener Bilal-Moschee nieder. Diese diente während Khomeinis Paris-Aufenthalt als Verbindungsstelle zum Iran. In Lugano sitzen die „Geschäftsleute“ Ghalib Himat und Jussuf Nada. Sie finanzieren mehrere europäische Moscheen und islamische Zentren und besitzen ausgezeichnete Verbindungen in den Nahen Osten. Der Syrier Himat kam Anfang der 60er Jahre nach München, um jene Moslems, die seit der Zeit von Gehlens „Fremden Heeren Ost“ in Bayern geblieben waren, in einem islamischen Zentrum zu sammeln. Er arbeitete mit dem in Genf ansässigen Ägypter Said Ramadhan zusammen, der im Jahr 1954 in ein Attentat auf Präsident Nasser verwickelt war. Daß er in Lugano wohnhaft ist, hält Himat nicht davon ab, Präsident der islamischen Gemeinde in der Bundesrepublik zu sein. Sein Münchner Zentrum leistete Khomeini ebenfalls wichtige Hilfestellung. Über München und Beziehungen zur CSU- und Habsburg-nahen Hanns-Seidel-Stiftung verlaufen auch die Verbindungen zu Erbakans „Nationaler Heilspartei“ in der Türkei und Türkeschs „Grauen Wölfen“. Ein weiterer solcher Verbindungsweg läuft über die Londoner *Federation of Islamic Organizations in Europe*. Die Verbindung türkischer Faschisten zur Moslem-Bruderschaft ist besonders wesentlich, weil die Türkei auf der jüngsten Tagung

des *Islamic Council of Europe* für die „fundamentalistische Behandlung“ ins Visier genommen wurde.

Von diesen Hauptzentren hängen weitere Niederlassungen ab: in Paris, Brüssel, Stockholm, Amsterdam, Rom u.a.

Diese geheimdienstlichen Kreise treffen sich in London bei der Führungsspitze der britischen Oligarchie, vertreten durch Sir John Glubb Pascha, Lord Caradon und ihre Mannschaft, die an der Schule für britische Spione im arabischen Raum, dem *Middle East Center for Arab Studies* (bis Dezember letzten Jahres im libanesischen Shemlane ansässig) ihre Ausbildung erhalten hat. Sie sind für die Schrecken verantwortlich, die sich nun im Iran und in Pakistan abspielen. Es ließen sich andere Regierungen nennen, wo es ihnen gelungen ist, für die Bruderschaft und für Khomeini Sympathien zu wecken — vor allem die britischen Infiltranten in der Sowjetunion um „Kim“ Philby, dessen Vater Saint John Philby bei der Entwicklung dieser Operation bereits eine erhebliche Rolle spielte.

Was aus diesen Entwicklungen folgt, liegt auf der Hand. Entweder hat das Spiel des anglo-amerikanischen Handlungers Khomeini Erfolg — dann ziehen in der Welt nicht nur wieder feudale Zeiten ein, sondern es kommt mit Sicherheit zu einem neuen Nahostkrieg, der die ganze Welt in Brand setzen könnte. Oder das Grand Design für die Entwicklung der Welt, zu dem die arabische Welt nicht nur ihren Olreichtum, sondern gleichermaßen ihre große humanistische Tradition beitragen muß, trägt den Sieg davon. Doch dafür ist vorausgesetzt, daß die Kompromisse mit Großbritannien und seinen Handlangern ein Ende haben.

Carter-Administration besiegelt das Schicksal der amerikanischen Geiseln

Von Lyndon H. LaRouche, jr.

Bewerber um die Nominierung

zum Demokratischen Präsidentschaftskandidaten

Manchester, New Hampshire, 14. Nov. — Wie Stellungnahmen des Weißen Hauses und des Nationalen Sicherheitsrates der USA zu entnehmen ist, ist eine interministerielle Task Force für die Irreführung Präsident Carters während der gesamten Irankrise verantwortlich.

Ein Beispiel dafür, wie schlecht beraten Präsident Carter ist, gibt die Entscheidung Carters, kein iranisches Öl mehr zu kaufen und sich stattdessen an der Rotterdamer Ölborse einzudecken. Diese Entscheidung läuft darauf hinaus, das gleiche iranische Öl zu Wucherpreisen auf Royal Dutch Shells Rotterdam-Markt zu kaufen, anstatt es zu regulären, viel niedrigeren Preisen zu erwerben.

Ein weiteres Beispiel: In einem Gespräch mit einem meiner Mitarbeiter erklärte ein hoher Beamter des Weißen Hauses, Dr. Zbigniew Brzezinski würde weiter an der Moslem-Bruderschaft als einem „Bollwerk gegen den Kommunismus“ festhalten. Die gleiche Moslem-Bruderschaft, die kontrollierende Kraft der Khomeini-Diktatur im Iran, hat gerade den Vereinigten Staaten den Krieg erklärt und das Leben amerikanischer Staatsbürger in Teheran aufs Spiel gesetzt. Die gemeinsame Hilfe Brzezinskis und Henry A. Kissingers für die Khomeini-Anhänger gegen die Regierung von

Premierminister Shapur Baktiar hat erst die gesamte Krise im Nahen Osten und dem Golf geschaffen.

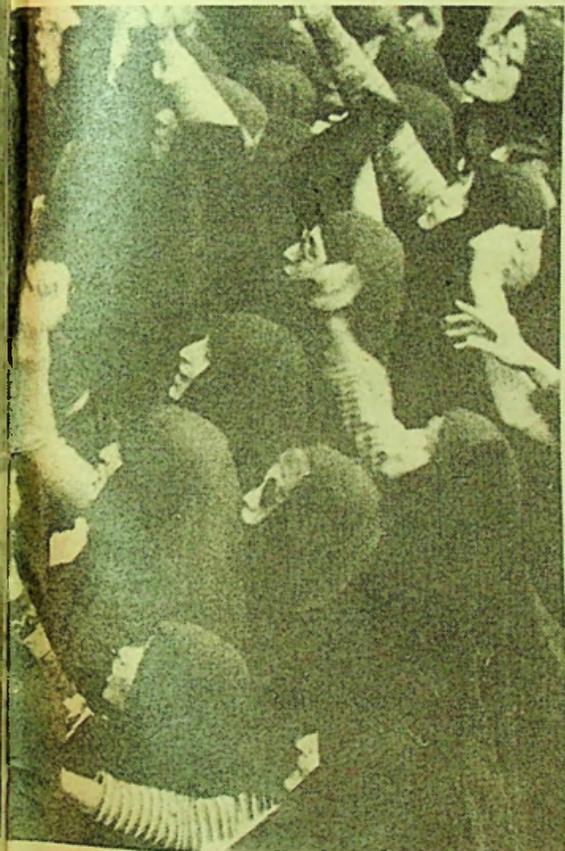
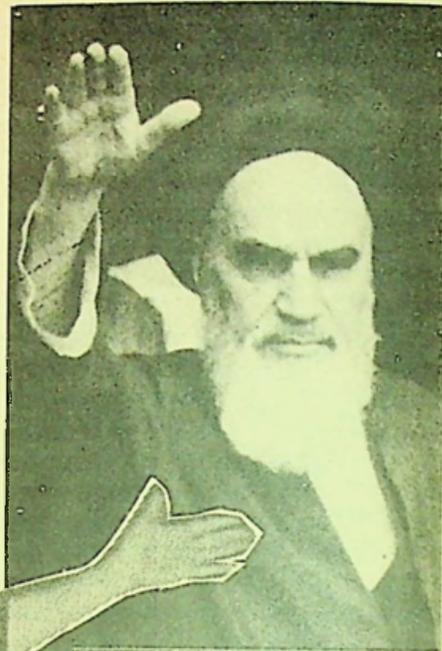
Die Fehlgriffe der amerikanischen Regierung im Nahen Osten führen die Welt in eine weitaus gefährlichere Konfrontation als die der Kubakrise 1962 — und nur weil Leute vom Schlage Brzezinskis den politischen Entscheidungsprozeß der Regierung im Griff haben. Brzezinskis Entlassung würde die Situation zumindest für kurze Zeit wieder stabilisieren und die Möglichkeiten erheblich vergrößern, das Leben der von Brzezinskis Freunden in Teheran festgehaltenen Amerikaner zu retten.

Was ist die Moslem-Bruderschaft?

Einige Amerikaner, aber auch andere werden nervös, wenn sie aufgefordert werden, gegen die Moslem-Bruderschaft vorzugehen. Diese Amerikaner glauben, die Moslem-Bruderschaft sei eine legitime islamische Religionsgemeinschaft. Obwohl sie prinzipiell damit einverstanden sind, die Bruderschaft wegen ihrer verbrecherischen Handlungen gegen Amerikaner in Teheran zur Verantwortung zu ziehen, wollen sie in nichts hineingezogen werden, was irgendwie nach Glaubensverfolgung aussieht.

Ich fasse deshalb einige wenige zentrale Tatsachen zusammen, um diese Befürchtungen zu zerstreuen.

Khomeini will mit dem gesamten iranischen Volk das gleiche machen wie der Pfarrer Jim Jones mit seiner Volkstempel-sekte in Guyana: in den Massenselbstmord treiben.



Die Moslem-Bruderschaft gründet sich nicht auf den islamischen Glauben, der auf den Propheten Mohammed zurückgeht. Sie ist eine künstliche Sekte, noch viel schlimmer als die Volkstempel-sekte des Pfarrers Jim Jones. Sie ist eine Vereinigung gehirngewaschener Mörder und geheimer politischer Agenten, 1929 vom britischen Geheimdienst in Ägypten ins Leben gerufen.

Wie jede ähnliche solche Untergrundorganisation geht die Bruderschaft gewöhnlich so vor, daß sie verschiedene religiöse und politische Organisationen unterwandert und sich dabei einer Tarnung bedient, die den Anschauungen der betreffenden Gruppe ähnelt. In solchen Teilen der islamischen Welt, in denen die sunnitische Richtung vorherrscht, geben sich die Mitglieder der Moslem-Bruderschaft als Sunniten aus. Im Iran und in

Teilen des Irak verschanzen sich die Mitglieder der Bruderschaft hinter einer schiitischen Maske. Innerhalb der palästinensischen Befreiungsorganisation gelten sie oft als „links“.

Eines der Betätigungsfelder der Moslem-Bruderschaft ist der Terrorismus, wie sich an der Besetzung der US-Botschaft in Teheran gezeigt hat. Die Bruderschaft organisiert aber nicht nur auf internationaler Ebene terroristische Operationen, sie ist auch organisatorisch mit den meisten der internationalen Terroristenbanden, einschließlich der baskischen Terroristen, verknüpft.

Die Schweiz ist Sitz der wichtigsten Kontrollinstitution für die Bruderschaft außerhalb der moslemischen Welt. Hier operiert ein Ableger des britischen Geheimdienstes unter Leitung von Sir John Bagot Glubb (Pascha), ehemaliger Chef der von Jordanien aus operierenden Arabischen Legion. Ein weiterer wichtiger Rädelsführer der Moslem-Bruderschaft unter Glubb Pascha ist der bekannte Islamforscher Bernard Lewis. Der britische Geheimdienstmann Bernard Lewis ist derzeit an die Universität Princeton und in eine Schlüsselposition am Center for Strategic and International Studies der Universität Georgetown abgestellt. Der sog. „Bernard-Lewis-Plan“ ist die Grundlage von Brzezinskis Politik des „Krisenbogens“ und entsprechender Vorstellungen, die auf Seiten der Republikanischen Partei von Henry Kissinger vertreten werden.

Die britische Geheimdienstkontrolle über die Moslem-Bruderschaft wird ergänzt durch Netzwerke der Kreise um die Familien Habsburg und Pallavicini. Nach der Devise „ein Spinner kommt selten allein“ gehören zu den Teilen des europäischen „schwarzen Adels“, die bei der Steuerung der Moslem-Bruderschaft helfen, auch Habsburgs „Orden vom Goldenen Vlies“ und die von der Pallavicini-Familie ausgehaltenen Sektiererkreise um den Bischof Lefebvre und die Kontrol-

leure der baskischen Terroristen. Das Madrider Dokumentationszentrum ist eines der weiteren wichtigen Verbindungsstücke. In Frankreich finden sich die Hauptverbindungsleute zur Moslem-Bruderschaft in der nach Peking orientierten kultgläubige Führung der faschistischen OAS.

Es ist vielleicht hilfreich und notwendig, dem gewöhnlichen Christen oder Juden die Kriterien an die Hand zu geben, nach denen er den Sektencharakter der Moslem-Bruderschaft einschätzen kann.

Unter den Fanatikern der Moslem-Bruderschaft hört man häufig Äußerungen der folgenden Art: „Wenn ich den Abzug meiner Pistole betätige, die ich irgendjemandem an den Kopf halte, dann wird die Kugel diesen Menschen nur dann töten, wenn Allah es will.“ Oder: „Da der Koran nicht ausdrücklich das Opium verbietet, ist es nur rechters, mit Opium, Heroin und Haschisch zu handeln.“ Dies ist die offizielle Politik der Khomeini-Diktatur im Iran, d.h. der Moslem-Bruderschaft.

Solche irrationalistischen Hirngespinnste sind zugegebenermaßen bereits früher in der islamischen Geschichte aufgetreten: Der verblendete Asharismus, die Politik „der Zerstörung“, die von dem üblen Al-Ghazali ausging, zerstörte die islamische Zivilisation von innen heraus. Dies geschah in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts und ebnete den mongolischen Eroberungen den Boden.

Solch übles Sektierertum gründet sich jedoch nicht auf den Islam des Propheten Mohammed.

Der Christ möge die Asharitentsekte mit den Auswüchsen des Manichäismus und Donatismus vergleichen, ähnlichen irrationalistischen Terrorismuslehren, gegen die die apostolischen Kräfte während und nach dem Zerfall der römischen Zivilisation zu kämpfen gezwungen waren.

Der gewöhnliche Christ und Jude möge sich ein Bild von den wahren islamischen Strömungen machen, indem er sich die

enge Zusammenarbeit zwischen Petrus und dem großen alexandrinischen Rabbi Philon Judäus vergegenwärtigt. Die wissenschaftlichen und theologischen Ansichten, die großen jüdischen Denker wie Philon und den apostolischen Kirchenvätern gemein waren, sind noch immer die Grundlage der ökumenischen Allianz zwischen Christentum und Judentum, die Allianz, die unserer so oft beschworenen jüdisch-christlichen Moral überhaupt erst eine Bedeutung gibt. Die gleiche ökumenische Allianz schloß während und nach der Zeit des Abassiden-Kalifats in Bagdad auch den Islam ein; im 15. Jahrhundert wurde sie auf die Initiativen von Kardinal Nikolaus von Kues und Kardinal Bessarion wieder zum Leben erweckt.

Vom Standpunkt der Wissenschaft und des strengen philosophischen Denkens nennt man Judentum, Christentum und Islam oft „neuplatonisch“. Die Schriften des hl. Augustinus verdeutlichen diesen Punkt für die apostolische Tradition des Christentums. Die Kommentare der großen Ismaili-Wissenschaftler Al-Farabi und Ibn Sina (Avicenna) beweisen, daß der Islam des Koran im gleichen Sinn neuplatonisch ist.

Judentum, Christentum und Islam verwerfen die heidnische Weltanschauung. Aus der heidnischen Sicht ist Gott ein menschenähnliches Wesen, eine Art Zauberer, der außerhalb des von ihm geschaffenen Universums steht und nur manchmal mit magischen Kräften eingreift, um in Verletzung der gesetzmäßigen Ordnung des Universums den Lauf der Dinge zu ändern. Philon und die Apostel behaupteten dagegen, Gott sei ein universales, schöpferisches Wesen, wesensteins mit dem Universum. Sie definieren Gott als Ausdruck eines beständigen Schöpfungsprozesses — im Gegensatz zu der heidnischen Vorstellung des „Urknalls“.

Philon's Judentum und das Christentum gehen davon aus, daß die Gesetzmäßig-

keit des Universums nicht an jene fixe Gesetzmäßigkeit der Newtonschen Physik gebunden ist. Sie sehen in den scheinbar fixen Gesetzen des Hier und Jetzt lediglich Reflexionen einer höheren Gesetzmäßigkeit, momentane Reflexionen gesetzmäßiger Prinzipien, die eine beständige schöpferische Entwicklung des Universums bewirken. In einem so verstandenen Judentum und Christentum besteht die Funktion des menschlichen Individuums darin, ein Werkzeug im Namen dieser höheren Gesetzmäßigkeit zu werden, ein wirksames einzelnes Werkzeug für den weiteren Schöpfungsprozeß zu sein.

Dieser Gesichtspunkt apostolischer Theologie und Wissenschaft ist am stärksten ausgeprägt in den ersten Kapiteln des Johannesevangeliums und ist die Reflexion der christlichen Lehre der Wesenseinheit der Trinität und der Wesenseinheit des Göttlichen und des Sterblichen in einem lebenden, von der Jungfrau Maria geborenen Jesus Christus. Der Schlüssel zu dem gleichen Prinzip im Koran ist der Grundsatz der drei wesensgleichen Ebenen von Erkenntnis und Vervollkommnung, die dem menschlichen Individuum zugänglich sind.

Dies ist der Schlüssel der ökumenischen Ubereinstimmung von Judentum, Christentum und Islam, im Gegensatz zu den verschiedenen heidnischen Formen des „Monotheismus“ und zu verschiedenen Sekten wie Gnostizismus, Arianismus, dem irrationalistischen Monophysitismus, Manichäismus und Donatismus. In diesem besonderen, sehr strengen Sinn haben Judentum, Christentum und Islam einen „rationalen“ Charakter, im Unterschied und Gegensatz zu dem mechanistischen Pseudorationalismus eines Hobbes, Bacon, Locke, Newton, Rousseau, John Stuart Mill u.a.

Es ist die Pflicht des Juden, Christen und Moslem, zu einem immer vollkommeneren Verständnis der höheren Gesetzmäßigkeit zu gelangen, die den

Prozeß der Schöpfung bestimmt. Ein solches System von Gesetzmäßigkeiten wird von Bacon, Hobbes, Locke u.a. als „Naturgesetz“ bezeichnet. Das Individuum ist nicht nur verpflichtet, diese Gesetzmäßigkeit zu entdecken, sondern sich auch durch ein solcherweise geformtes Bewußtsein (Gewissen) leiten zu lassen. Die grundlegendste Pflicht des Individuums ist, entsprechend einer solchen Vervollkommnung des Wissens zu handeln und es zu verbreiten.

Vom Standpunkt der Wissenschaftsgeschichte waren die gleichen neuplatonischen Prinzipien, die Philon und die Kirchenväter auf Fragen der Wesensgleichheit und des Naturgesetzes anwandten, auch die Basis für alle grundlegenden Fortschritte in der wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt — von Kues über Kepler, Gilbert, Descartes, Leibniz, über die Gebrüder Carnot und Riemann bis heute.

Daher betrachtet der Anhänger des neuplatonischen Ökumenedenkens sein Urteil über die drei großen Religionen zu recht nicht einfach als eine willkürliche Vorliebe für die eine oder andere Glaubensrichtung, sondern als Reflexion einer vollständig bewiesenen Tatsache, bewiesen durch die Geschichte und die Wege, die allgemein zu den größten Errungenschaften wissenschaftlicher Erkenntnis führten.

Wir brauchen nicht jeden kultgläubigen Spinner, der sich „Christ“ nennt, auch als tatsächlichen Christen zu betrachten. Das gleiche gilt für Judentum und Islam. Wir fordern Toleranz für andere Glaubensströmungen bei Christen, Juden und Moslems, aber wir können durchaus solche variierenden Glaubensströmungen von widerwärtigen Sekten unterscheiden, die sich nur den Namen einer der großen Religionen ausgeliehen haben, um ihren widerwärtigen heidnischen Götzendienst zu tarnen.

Das heißt natürlich nicht, daß wir den religiösen Glauben gesetzlich festlegen.

Wir gehen die Frage aus weltlicher Sicht an. Wir klagen die Moslem-Bruderschaft an, weil sie eine rechtlose Verschwörerbande, eine kriminelle Vereinigung ist. Auch wenn die Moslem-Bruderschaft von Leuten wie Brzezinski Rücken- deckung erhält, hat diese kriminelle Ver- einigung, vor allem über ihre Khomeini- Diktatur im Iran, den Vereinigten Staaten den Krieg erklärt. Sie führt Krieg zur Durchsetzung des Szenarios vom „Crash of 79“, das die führende Londoner Presse und die Regierung von Margaret Thatcher zur Zeit als ihre Politik unterstützen. Es besteht eine sichtbare Übereinstim-

mung zwischen der Politik der Thatcher- Regierung in bezug auf dieses Szenario und der Rolle der Moslem-Bruderschaft, die ja historisch ein Instrument der britischen Geheimdienste ist.

Die Moslem-Bruderschaft und ihre Mit- verschwörer haben sich selbst als Feind der Vereinigten Staaten definiert und sind in kriegerische Handlungen gegen unser Land verwickelt. Die Moslem-Bru- derschaft ist daher in strengster Ausle- gung unserer Verfassung und unseres Verfassungsrechtes eine verräterische, kriminelle Vereinigung. Brzezinski muß entlassen werden.